

Politische
Teilhabe Bildung
Wahlbeteiligung
Stimme Demokratie
Bundestagswahl
Migrationshintergrund

Christian Pfeffer-Hoffmann (Hrsg.)

Politische Teilhabe in der
Einwanderungsgesellschaft

Christian Pfeffer-Hoffmann (Hrsg.)

Politische Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft

Christian Pfeffer-Hoffmann (Hrsg.)

Politische Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft

Autorinnen und Autor:
Meltem Arsu, Laura Ballaschk,
Maëlle Dubois, Rossina Ferchichi,
Marianne Kraußlach, Iana Kravchenko,
Christian Pfeffer-Hoffmann, Ekaterina Sergienko

Impressum

ISBN 978-3-86387-858-0

© 2017 Mensch und Buch Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Herausgebers unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Diese Publikation entstand im Rahmen von „Vote D – Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bundestagswahl 2017“, einem Projekt von



www.minor-kontor.de

Das Projekt „Vote D – Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bundestagswahl 2017“ wird gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration

Wir sind's! 
Die Einwanderungsgesellschaft gestalten

Inhalt

EINLEITUNG	9
1. AUSGANGSLAGE: POLITISCHE TEILHABE VON MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND	13
1.1. WAHLVERHALTEN BEI DEN BUNDESTAGSWAHLEN.....	14
1.1.1. <i>Wahlbeteiligung</i>	14
1.1.2. <i>Parteipräferenzen</i>	18
1.2. AUSÜBUNG VON POLITISCHEN MANDATEN.....	23
1.2.1. <i>Im Bundestag</i>	23
1.2.2. <i>In den Landtagen</i>	27
1.2.3. <i>In den Kommunen</i>	27
1.3. ÜBER DIE WAHLEN HINAUS: NICHT-ELEKTORALE POLITISCHE PARTIZIPATION	28
2. DAS PROJEKT „VOTE D – TEILHABE VON MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND AN DER BUNDESTAGSWAHL 2017“	33
2.1. PROJEKTSTANDORTE	33
2.1.1. <i>Berlin</i>	34
2.1.2. <i>Essen</i>	34
2.1.3. <i>Leipzig</i>	35
2.1.4. <i>Landkreis Osnabrück</i>	36
2.1.5. <i>Tübingen</i>	37
2.2. HANDLUNGSANSATZ	38
3. PROJEKTERKENNTNISSE: WEGE DER WAHLAKTIVIERUNG VON MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND	41
3.1. ZUGANG ZUR ZIELGRUPPE	41

3.1.1. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.....	42
3.1.2. Netzwerke.....	44
3.2. FORMATE DER POLITISCHEN BILDUNG	45
3.2.1. Informationsveranstaltungen	47
3.2.2. Podiumsdiskussionen.....	47
3.2.3. Multiplikatorenschulungen	48
3.2.4. Öffentlichkeitsarbeit	49
3.3. EXPERTISE UND INHALTE	52
3.3.1. Vermittelte und diskutierte Inhalte	52
3.3.2. Professionelle inhaltliche Vorbereitung.....	53
3.4. ORGANISATION DER AKTIVITÄT.....	53
3.4.1. Ressourcen.....	54
3.4.2. Ort und Terminierung	56
3.4.3. Zusammenarbeit mit Trägern	58
3.5. KOMMUNIKATION MIT DER ZIELGRUPPE	61
3.5.1. Berücksichtigung der Heterogenität von Menschen mit Migrationshintergrund.....	61
3.5.2. Kommunikation auf Augenhöhe.....	63
3.5.3. Sprache.....	64
3.5.4. Einbindung der Zielgruppe	65
3.6. NACHHALTIGKEIT: POLITISCHE BILDUNG VON MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND SICHERN	67
4. FAZIT	71
LITERATURVERZEICHNIS	73

ABBILDUNGSVERZEICHNIS..... 79
TABELLENVERZEICHNIS..... 79

Einleitung

Maëlle Dubois, Christian Pfeffer-Hoffmann

Die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund ist ein wesentlicher Aspekt des Integrationsprozesses. Für das Zusammenleben in einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft ist es essentiell, dass so weit wie möglich alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sich mit der ganzen Vielfalt ihrer Lebensgeschichten und politischen Meinungen in politische Entscheidungsprozesse einbringen.

Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte machen einen erheblichen Teil der deutschen Gesellschaft aus. Im Jahr 2016 hatten rund 18,6 Mio. Menschen, also 22,5 % der Bevölkerung, einen Migrationshintergrund. Etwa die Hälfte von ihnen besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Jährlich kommen rund 100.000 Personen dazu, die sich einbürgern lassen. 2016 lebten in Deutschland bereits über 2 Mio. Eingebürgerte.

Über 6 Mio. deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund waren im Jahr 2016 älter als 18 Jahre und somit prinzipiell zur Teilnahme an den Bundestagswahlen berechtigt. Dies entspricht einem Anteil von 8,8 % aller volljährigen Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Das aktive sowie das passive Wahlrecht bei der Bundestagswahl ist ein Privileg, das deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern vorbehalten ist. Die Möglichkeit, sich an diesem Entscheidungsprozess auf Bundesebene beteiligen zu können, ist für viele Personen ein wichtiger Beweggrund, eine Einbürgerung anzustreben. Durch die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit zeigen jährlich 100.000 Personen ihren Willen, sich am politischen System Deutschlands zu beteiligen.

Jedoch ist die politische Teilhabe bei Menschen mit Migrationshintergrund geringer als bei deutschen Staatsangehörigen ohne einen solchen. Dies zeigt sich u. a. darin, dass sie seltener an Wahlen teilnehmen. Analysen belegen, dass ihre Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 über 10 Prozentpunkte hinter der von Personen ohne Migrationshintergrund zurückblieb. Außerdem sind sie in

den politischen Vertretungen unterrepräsentiert: So haben in dem 2017 neugewählten Bundestag nur 57 der 709 Abgeordneten (d. h. 8,0 %) einen Migrationshintergrund. Dieser Anteil liegt 3,6 Prozentpunkte unter dem Anteil von Deutschen mit Migrationshintergrund bzw. 14,5 Prozentpunkte unter dem Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung.

Aus diesen Gründen rief die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Aydan Özoğuz im Rahmen des Schwerpunktjahres 2016/2017 „Teil haben, Teil sein: Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft“ im März 2017 das Modellprojekt *Vote D – Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bundestagswahl 2017* ins Leben. Das Projekt war explorativ angelegt und erprobte Methoden zur Erhöhung der Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an Bundestagswahlen. Tragendes Prinzip dabei war die Wahrung politischer Neutralität.

Vote D war als Instrument der politischen Bildung konzipiert. Der Fokus lag nicht auf der Lieferung von quantitativ messbaren Ergebnissen bzw. Wirkungsmessung, wohl aber auf qualitativer Auswertung und Dokumentation. In einer vorbereitenden Analyse wurden zudem die vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund zusammengetragen.

Die konkreten Aktivitäten, die im Rahmen des Projektes durchgeführt wurden, folgten in ihrer Grundausrichtung Ansätzen, die sich bisher bei Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung in der gemeinsamen Projektarbeit mit Menschen mit Einwanderungsgeschichte als zielführend erwiesen. So wurde zum einen aufsuchende Informationsarbeit geleistet. Gemeint ist damit, dass Informationen bereitgestellt und dort verteilt werden, wo die anzusprechenden Personen sich ohnehin Informationen einholen bzw. aufhalten. Insbesondere bei Online-Angeboten bietet sich diese Herangehensweise an. Durch wenige Klicks lassen sich zuverlässige Informationen z. B. in einschlägigen sozialen Medien verbreiten, wodurch die Erzielung einer hohen Reichweite möglich wird. Dies wurde zum anderen durch lokale Arbeit ergänzt. Diese „Offline-Aktivitäten“ zeichneten sich durch eine starke Orientierung auf lokale Communities von Menschen mit Einwanderungsgeschichte aus. Wichtige Akteure in den fünf Modellkommunen wurden angesprochen und erhielten in der Projektarbeit zentrale Rollen für die Arbeit mit der Zielgruppe vor Ort.

Auch die kommunale politische Ebene wurde eingebunden. Die kommunalen Spitzen übernahmen jeweils die Schirmherrschaft für das Projekt: Der Regierende Bürgermeister Michael Müller für Berlin, Oberbürgermeister Thomas Kufen für Essen, Oberbürgermeister Burkhard Jung für Leipzig, Landrat Michael Lübbersmann für den Landkreis Osnabrück und Oberbürgermeister Boris Palmer für Tübingen.

Am 26. April 2017 lud Staatsministerin Aydan Özoğuz die kommunalen Spitzen sowie die Integrationsbeauftragten der Modellkommunen und Vertreterinnen und Vertreter von Migrantenorganisationen zu einer Auftaktveranstaltung ins Bundeskanzleramt ein. Gemeinsam wurde über die Bedeutsamkeit und die Grundausrichtung des Projektes diskutiert. Die Vertreterinnen und Vertreter der Modellkommunen und der Migrantenorganisationen sowie einige ausgewiesene Expertinnen und Experten schlossen sich zu einem Beirat zusammen, der das Projekt im Zuge mehrerer Sitzungen begleitete und beriet (siehe Kapitel 2).

Zeitgleich mit der Auftaktveranstaltung wurde eine Informationswebsite *vote-d.de* zu der Bundestagswahl online geschaltet. Diese blieb für den gesamten Zeitraum des Projektes online. Regelmäßig erschienen auf dem integrierten Blog informative Artikel und Testimonials.

Die meisten Aktivitäten im Rahmen des Projektes fanden in den Monaten August und September statt – also in der Zeit vor der Bundestagswahl am 24. September 2017. In deren Vorfeld wurden durch lokale Migrantenorganisationen und weitere Träger über 30 Maßnahmen zur Wahlaktivierung von Menschen mit Migrationshintergrund durchgeführt. Erprobt wurden dabei viele unterschiedliche Formate, von Diskussionsabenden mit Kandidatinnen und Kandidaten über einen Poetry-Slam-Workshop mit jungen Erwachsenen und eine Sonderausgabe einer lokalen Zeitschrift bis zu Online-Videokampagnen (siehe Kapitel 3).

Im ersten Teil der Publikation gehen wir der Frage nach, wie es derzeit um die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund bestellt ist. Den Fokus legen wir dabei auf die Untersuchung ihrer Beteiligung an den Bundestagswahlen. Angaben über das Ausmaß weiterer Formen der Partizipation, wie z. B. die Ausübung politischer Mandate, werden ebenfalls auszugsweise herangezogen. Die verschiedenen Dimensionen der Teilhabe werden auch im Hinblick auf Unterschiede zwischen Generationen und Herkunfts- bzw. Bezugsregionen sowie auf weitere soziodemografische Merkmale hin analysiert.

Im zweiten Teil beschreiben wir zunächst den Handlungsansatz des Projektes, von der Vernetzung mit den lokalen Communities über die Online-Kommunikationsarbeit bis hin zu der fachlichen Begleitung durch den Projektbeirat. Weiterhin stellen wir die Modellstandorte vor. Diese wurden auf Basis einer Recherche zu soziodemografischen Faktoren und zu der jeweiligen lokalen politischen Situation ausgewählt. Berücksichtigt wurden z. B. der Anteil und die Communities von deutschen Staatsangehörigen mit familiärer Einwanderungsgeschichte (an der Gesamtbevölkerung) und die gesamte Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl.

Im dritten Teil dieser Publikation ziehen wir Schlüsse aus den durchgeführten Aktivitäten zur Wahlaktivierung von Menschen mit Migrationshintergrund. Welche Vorgehensweisen haben sich im Zuge des Projektes als erfolgsversprechend herauskristallisiert? Woran hakte es mitunter? Was sollte in Zukunft bei der Planung und Organisation von Maßnahmen der politischen Bildung mit Menschen mit Migrationshintergrund beachtet werden? Diese Frage versuchen wir in Bezug auf den Zugang zur Zielgruppe, deren Ansprache, geeignete Formate, Organisation von Aktivitäten sowie zu vermittelnden Inhalte und notwendige Expertise zu beantworten. Weiterhin werden Aspekte aufgeführt, die zu einer nachhaltigen Förderung der politischen Teilhabe von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte beitragen könnten.

Berlin, im November 2017

1. Ausgangslage: Politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund

Die Forschung zur Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund ist bisher relativ schwach ausgebaut. Nur wenige Studien befassen sich mit dem Thema auf der Bundesebene. In einer 2012 erschienenen Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF 2012) gehen Müssig und Worbs der Frage nach, wie sich die politische Teilhabe von Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte in Deutschland gestaltet.

Die Daten zur Wahlbeteiligung dieser Zielgruppe bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005, auf die sich die Autorinnen berufen, basieren auf der Auswertung einer Teilstudie des European Social Survey (ESS)¹. Der entsprechende Datensatz ermöglichte eine Aufteilung der Stichprobe nach Besitz der Staatsangehörigkeit sowie nach Personen mit Migrationshintergrund der ersten Generation (Befragte, die selber im Ausland geboren sind) und der zweiten Generation (Befragte, von denen mindestens ein Elternteil im Ausland geboren ist).

Die Daten zur Bundestagswahl 2009 ergeben sich aus der Auswertung einer vom GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES)² durchgeführten Umfrage, in der ebenfalls der Migrationshintergrund der Umfrageteilnehmenden erfasst wurde. Die Daten aus der GLES-Umfrage zur Bundestagswahl 2013 wurde erstmals von Minor (2017) ausgewertet. Befragt wurden 1.908 Personen, die zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013 wahlberechtigt waren.

Für die Bundestagswahl 2017 gibt es zeitgleich zur GLES-Umfrage eine weitere bundesweite Wahlstudie. Diese wird von zwei Forschern der Universitäten Duisburg-Essen (UDE) und Köln durchgeführt. Dabei kommen sowohl qualitative Me-

¹ Der European Social Survey (ESS) ist eine sozialwissenschaftliche Studie, in der die politische Einstellung und Partizipation der Bevölkerung von über 30 europäischen Ländern untersucht wird. (<http://www.uni-bielefeld.de/soz/ess/>).

² Im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES) erstellt das GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften seit 2009 Beobachtungen und Analysen zur Wählerschaft der Bundestagswahlen (<http://gles.eu/wordpress/>).

thoden (Fokusgruppen) als auch quantitative Befragungen zum Einsatz. Die Zielgruppe setzt sich dabei aus deutschen Staatsangehörigen mit türkischem Migrationshintergrund sowie russischsprachigen Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern mit deutscher Staatsbürgerschaft zusammen. Diese Studie soll v. a. Erklärungen zum Wahlverhalten der zu befragenden Personengruppen liefern und eruieren, in welchem Ausmaß existierende Theorien geeignet sind, das Wahlverhalten von Personen mit Migrationshintergrund zu erläutern und welche weiteren migrationsspezifischen Faktoren ggf. zu dessen Klärung herangezogen werden müssen (UDE 2017).³

1.1. Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen

1.1.1. Wahlbeteiligung

Insgesamt lassen sich in Auswertung der Bundestagswahl 2013 (Minor 2017) deutliche Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen mit und ohne familiäre(r) Einwanderungsgeschichte in Bezug auf die Wahlbeteiligung erkennen (siehe Abbildung 1). Während befragte Personen, deren Eltern und sie selbst im heutigen Gebiet Deutschlands geboren sind, zu 87,2 %⁴ angaben, sich an der Bundestagswahl 2013 beteiligt zu haben, liegt dieser Anteil bei Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte mit 74,6 % deutlich dahinter zurück.

Bemerkenswert ist jedoch, dass diese Aussage in deutlich stärkerem Ausmaß auf Menschen mit eigener Migrationserfahrung (erste Generation) zutrifft: Ihre Wahlbeteiligung liegt mit 70,8 % mehr als 15 Prozentpunkte hinter der von Menschen ohne Migrationshintergrund zurück. Die Personen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation weisen hingegen mit 79,2 % eine vergleichsweise höhere Wahlbeteiligung auf.

³ Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Publikation lagen noch keine öffentlich zugänglichen Ergebnisse dieser Studie oder der GLES-Umfrage 2017 vor, sodass diese keine Berücksichtigung finden konnten.

⁴ Die angegebene Wahlbeteiligung (im Jahr 2013 83,6 % gesamt), die sich bei der Auswertung der Umfragen (GLES und ESS) ergibt, stimmt nicht mit der tatsächlichen Wahlbeteiligung überein. Dies mag daran liegen, dass grundsätzlich mehr Wählerinnen und Wähler als Nichtwählerinnen und Nichtwähler willig sind, an solchen Umfragen teilzunehmen. Zudem ist denkbar, dass die Befragten ihr Antwortverhalten an der sozialen Erwünschtheit ausrichteten. Die tatsächliche Wahlbeteiligung lag laut dem Bundeswahlleiter im Jahr 2013 bei 71,5 % (Der Bundeswahlleiter 2017a: 8).

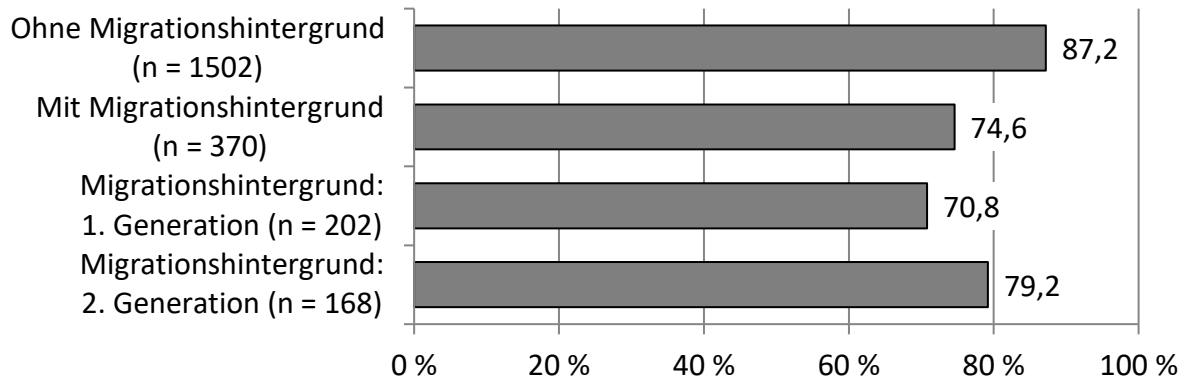


Abbildung 1: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 nach Migrationshintergrund

Beteiligung an der Bundestagswahl 2013 nach Migrationshintergrund und Generation. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach Daten des GLES-Nachwahlquerschnitts 2013 © Minor

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei Betrachtung der Angaben zu den vergangenen Bundestagswahlen. Trotz Schwankungen bleibt die grundsätzliche Tendenz, dass Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte deutlich seltener wählen gehen als Menschen ohne eine solche und dass diese Diskrepanz bei der zweiten Generation deutlich niedriger ist, bestehen (siehe Abbildung 2). Bemerkenswert ist z. B., dass Angehörige der zweiten Generation bei der Befragung im Nachgang zur Bundestagswahl 2005 mit 83,7 % häufiger angaben, gewählt zu haben, als die Bevölkerungsgruppe ohne Migrationshintergrund (83 %).

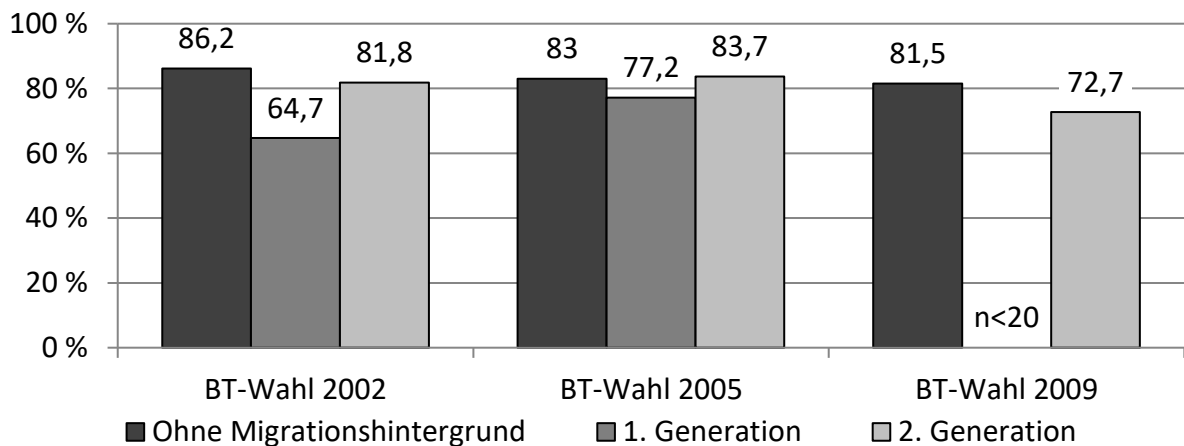


Abbildung 2: Wahlbeteiligung bei den vergangenen Bundestagswahlen nach Migrationshintergrund

Beteiligung an den Bundestagswahlen 2002, 2005 und 2009 nach Migrationshintergrund und Generation. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach BAMF 2012 auf Basis der ESS- und GLES-Umfragen © Minor

Diese Analyseergebnisse deuten darauf hin, dass die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Bereich der elektoralen politischen Beteiligung bisher langsam verläuft. Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte in der zweiten Generation weisen eine höhere Bundestagswahlbeteiligungsrates auf, ebenso wie Personen, deren Zuwanderung länger zurückliegt: „Mit zunehmender Aufenthaltsdauer steigt das Bewusstsein der selbst zugewanderten Personen für politische Belange. Dies deutet darauf hin, dass politische Orientierung ein Prozess ist, der Zeit benötigt“ (BAMF 2012: 5).

Betrachtet man die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2013 nach Bezugsregionen, zeigen sich erhebliche Unterschiede. Die höchsten Wahlbeteiligungen geben die Befragten an, die selbst oder deren Eltern in den ehemaligen deutschen Ostgebieten (86,9 %) und in Osteuropa (81,0 %) geboren sind. Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte aus der ehemaligen Sowjetunion (58,5 %) und aus dem restlichen Europa (53,8 %) geben hingegen deutlich seltener an, gewählt zu haben (siehe Abbildung 3). Angesichts der geringen Fallzahlen für die verschiedenen Bezugsregionen in der GLES-Nachwahlumfrage sollten diese Ergebnisse jedoch nur als Tendenzaussagen wahrgenommen werden.

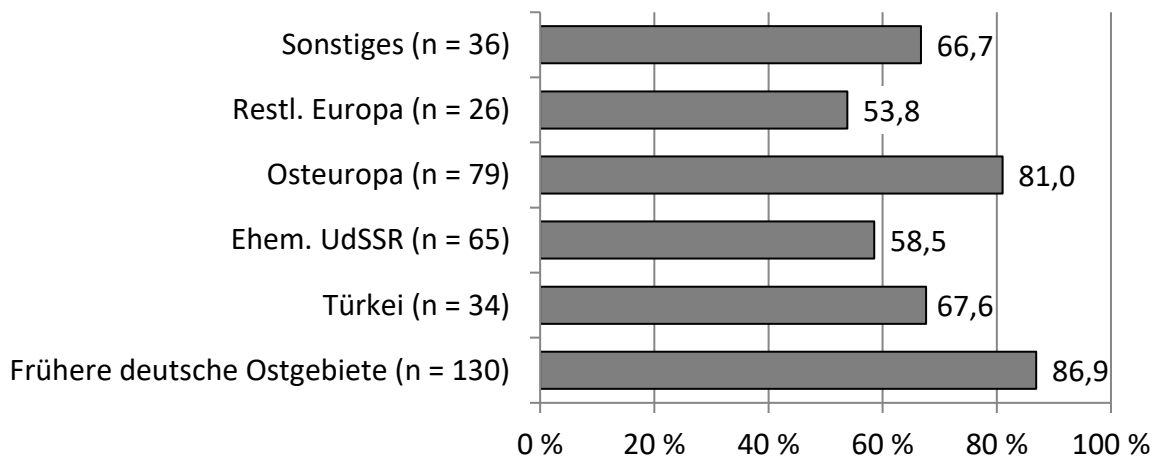


Abbildung 3: Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2013 nach Bezugsregionen

Wahlbeteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2013 nach Bezugsregionen. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach Daten des GLES-Nachwahlquerschnitts 2013 © Minor

Den Daten der Nachwahlumfrage des GESIS-Instituts zur Bundestagswahl 2013 ist weiterhin zu entnehmen, dass sich der Einfluss soziodemografischer Faktoren wie Alter, Geschlecht oder Bildungsniveau auf das Wahlverhalten von Personen

mit Migrationshintergrund ähnlich darstellt wie bei Personen ohne Migrationshintergrund: Insgesamt geben Männer häufiger als Frauen (siehe Abbildung 4) und Ältere häufiger als Jüngere (siehe Abbildung 5) an zu wählen. Das Bildungsniveau ist ebenfalls entscheidend: Je höher es ist, desto häufiger geben Personen (mit wie ohne Migrationshintergrund) ihre Stimme ab (siehe Abbildung 6).

In ihrer Studie für das BAMF auf Basis der ESS- und GLES-Umfragen kommen Müssig und Worbs ebenfalls zu dem Schluss, dass sich bei Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte „bekannte Muster der politischen Partizipation“ wiederfinden (BAMF 2012: 33).

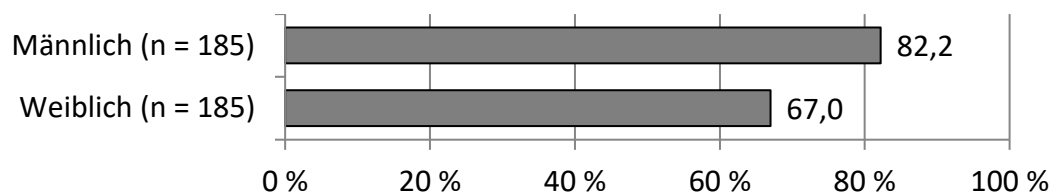


Abbildung 4: Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2013 nach Geschlecht

Wahlbeteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2013 nach Geschlecht. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach Daten des GLES-Nachwahlquerschnitts 2013 © Minor

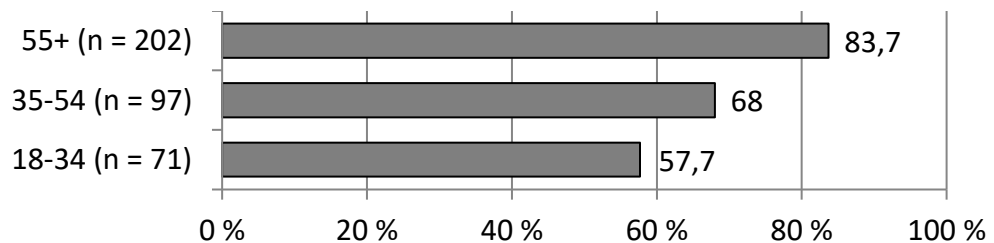


Abbildung 5: Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2013 nach Alter

Wahlbeteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2013 nach Alter. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach Daten des GLES-Nachwahlquerschnitts 2013 © Minor

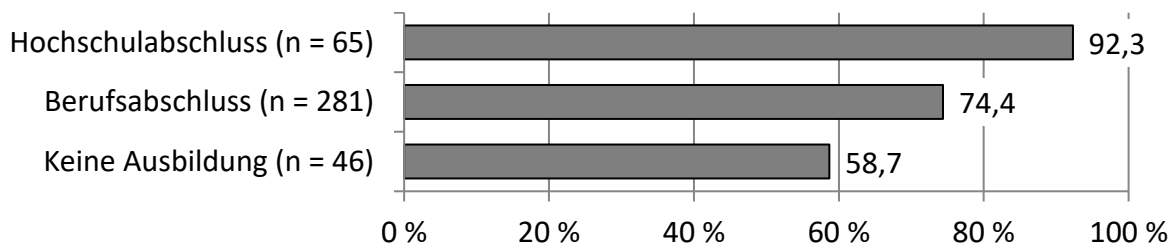


Abbildung 6: Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2013 nach Bildungsniveau

Wahlbeteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2013 nach Bildungsniveau. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach Daten des GLES-Nachwahlquerschnitts 2013 © Minor

Allerdings meint beispielsweise der Politikwissenschaftler Saalfeld, dass die klassischen soziodemografischen Faktoren für Menschen mit Migrationshintergrund weniger Erklärungskraft haben als für Personen ohne Migrationshintergrund. Er nimmt an, es müsse andere Erklärungen für die Wahlbeteiligung geben, die sich auf die spezifische Situation von Personen mit Migrationshintergrund beziehen und führt an, gruppenbezogene Faktoren seien besonders ausschlaggebend für die Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte. Er bezieht sich auf Studien in Großbritannien und Deutschland und konstatiert, dass Menschen mit Migrationsgeschichte eine höhere Wahlbeteiligung aufweisen, wenn sie in Wahlkreisen mit einem höheren Anteil von Personen gleicher Ethnizität leben (Saalfeld 2011).

Hieran zeigt sich, dass es weiterhin offene Fragen hinsichtlich der Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund gibt und dass unterschiedliche Erklärungstheorien im wissenschaftlichen Diskurs existieren, die in weiteren Studien verifiziert werden müssten.

1.1.2. Parteipräferenzen

In einem Policy Brief des Forschungsbereichs des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR 2016) gehen die Autoren Wittlif und Litta der Frage nach, inwiefern sich bei Menschen mit Migrationshintergrund spezifische Parteipräferenzen erkennen lassen. Dafür nutzen sie Daten des SVR-Integrationsbarometers 2016, im Rahmen dessen 5.396 Personen – unabhängig von ihrer Wahlberechtigung in Deutschland – befragt wurden, welcher politischen Partei sie allgemein zuneigen (SVR 2016: 10). Die Stichprobe setzt sich aus 1.333 Personen ohne und 4.063 Personen mit Migrationshintergrund zusammen.

Eine Erkenntnis aus diesen Daten ergab, dass Personen mit Migrationshintergrund mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland häufiger angeben, grundsätzlich einer bestimmten Partei stärker zuzuneigen (siehe Abbildung 7). Auch betont diese Studie, dass der Prozess der politischen Integration über einen langen Zeitraum hinweg verläuft. Bemerkenswert ist, dass in der Stichprobe Menschen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation sowie Personen, die seit mehr als 16 Jahren in Deutschland leben, häufiger als Menschen ohne Migrationshintergrund eine Parteipräferenz angeben.

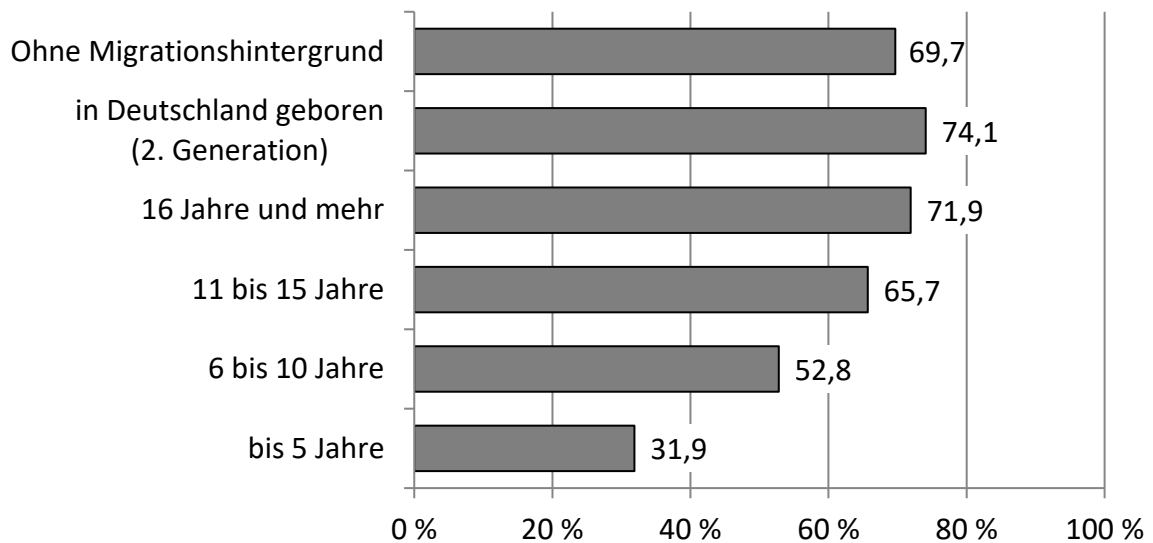


Abbildung 7: Nennung einer Parteipräferenz nach Migrationshintergrund und Aufenthaltsdauer

Nennung einer Parteipräferenz nach Migrationshintergrund und Aufenthaltsdauer. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach SVR 2016 © Minor

Grundsätzlich gilt, dass Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte, ähnlich wie diejenigen ohne eine solche, vorrangig den großen Volksparteien der CDU/CSU und SPD zuneigen (siehe Abbildung 8). Dabei sind ihre Präferenzen aber im Vergleich mit Menschen ohne Migrationshintergrund umgekehrt: Die Neigungen zur SPD auf der einen Seite und zur CDU/CSU auf der anderen Seite sind bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund nahezu exakt entgegengesetzt ausgeprägt. Die im Vergleich zur Gesamtbevölkerung größere Neigung, Parteien links der Mitte zu wählen, ist zudem an dem Vorsprung zu erkennen, den Die Linke unter der Zielgruppe – relativ zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund – aufweist. Für die anderen Parteien (Grüne, FDP, AfD, Piraten) sind keine erheblichen Unterschiede festzustellen.

Die Autorin und der Autor der Studie führen an, dass der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit für die meisten Personengruppen aus der Zielgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund keinen Einfluss auf die Parteipräferenzen mit sich bringt (SVR 2016: 16).

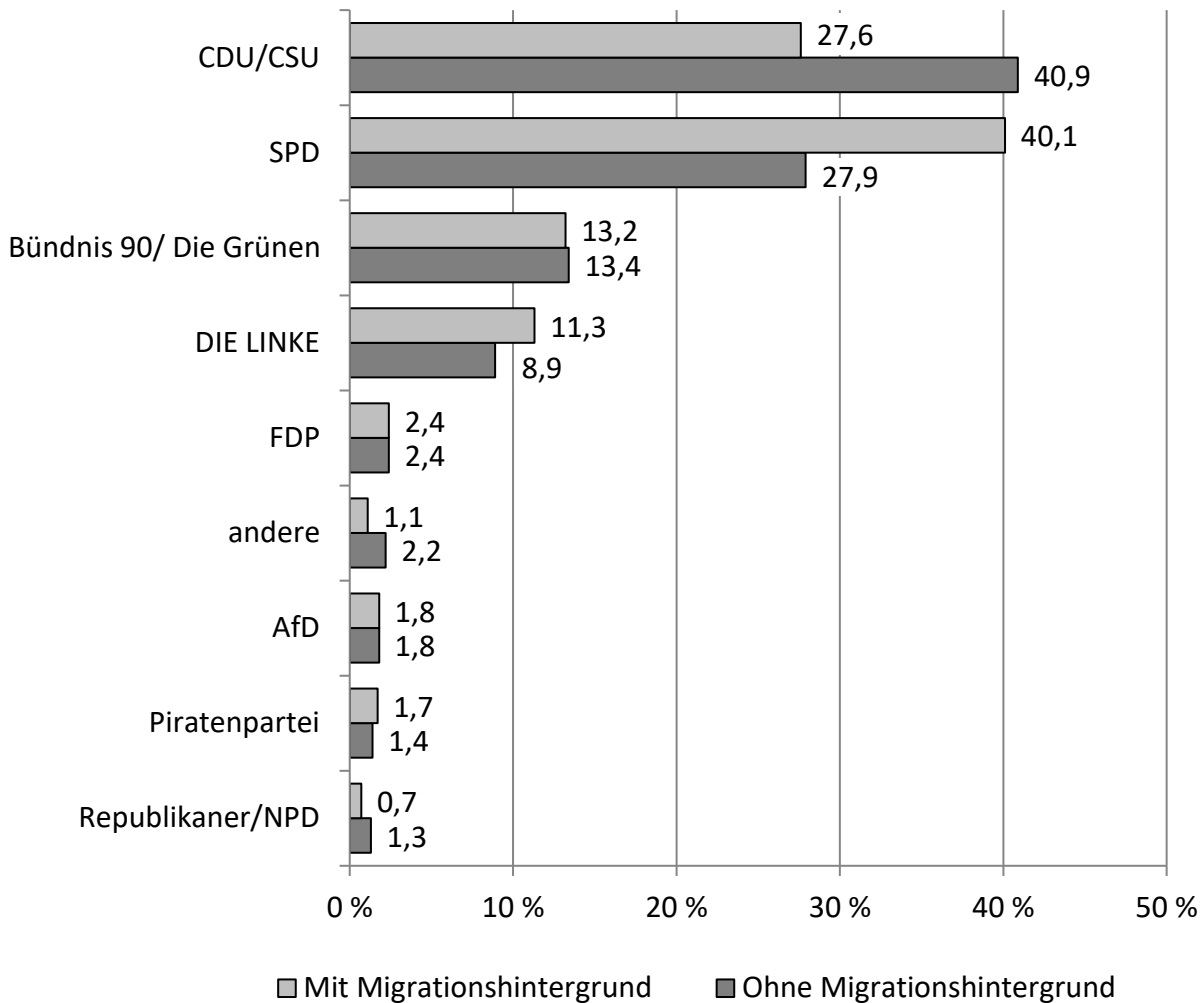


Abbildung 8: Parteipräferenzen nach Migrationshintergrund

Parteipräferenzen nach Migrationshintergrund. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach SVR 2016 © Minor

Betrachtet man diese Parteipräferenzen nach Bezugsregionen, lassen sich deutliche Unterschiede innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund erkennen. Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler geben mehrheitlich an, den Parteien der Union zuzuneigen. Sie sind auch die Gruppe, bei der die Affinität zur AfD am höchsten ist. Die SPD findet ihren größten Anklang bei Menschen mit türkischem Migrationshintergrund; diese geben hingegen äußerst selten (6,1 %) an, die CDU oder die CSU zu bevorzugen. EU-Zugewanderte, die vor dem Jahr 2000 in die Bundesrepublik eingereist oder hier geboren sind ($EU \leq 2000$), tendieren eher zu Parteien links der Mitte. Eine klare Mehrheit der Menschen, die nach 2000 aus der EU nach Deutschland zugewandert ist ($EU > 2000$), präferiert die CDU oder die CSU.

Tabelle 1: Parteipräferenzen nach Bezugsregionen

Parteipräferenzen nach Bezugsregionen. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach SVR 2016 © Minor

Partei	Spät-/ Ausge- siedelte	Türkei	EU ≤ 2000	EU > 2000	Übrige Welt
CDU/CSU	45,2	6,1	29,1	42,3	19,0
SPD	25,6	69,8	41,3	24,5	39,0
Bündnis 90/Grüne	8,2	13,4	15,5	12,4	16,9
Die Linke	11,5	9,6	6,9	10,7	15,4
FDP	0,7	0,7	3,2	0,3	5,2
AfD	4,7	0,5	1,1	0,5	0,4
Republika- ner/NPD	2,3	-	-	-	0,1
Piratenpartei	0,9	-	0,9	8,7	2,7

Einen Erklärungsansatz der politischen Präferenzen haben im Jahr 1967 Lipset und Rokkan mit der Cleavage-Theorie aufgestellt (Lipset & Rokkan 1967). Diese basiert auf einer historischen Analyse der politischen, sozioökonomischen und kulturellen Entwicklungen in zwölf europäischen Ländern. Laut diesem Ansatz orientiert sich die politische Willensbildung entlang vierer Grundkonfliktlinien. Diese Konfliktlinien (Cleavages) sind zum einen aus den Religionskriegen und nationalen Revolutionen (16. bis Mitte 19. Jahrhundert) ableitbar: Hier manifestierten sich bedeutsame Machtkämpfe zwischen dem Zentrum und der Peripherie sowie dem Staat und der Kirche. Zum anderen lassen sich mit der industriellen Revolution (Mitte 19. bis Anfang 20. Jahrhundert) zwei weitere wichtige Konfliktlinien ausmachen, nämlich Land versus Industrie sowie Arbeit versus Kapital. Lipset und Rokkan konstatierten, dass sich entlang dieser vier Konfliktlinien die Parteiensysteme ebenso wie die Parteibindungen der Wählerinnen und Wähler ausbildeten. Dieser allgemeine Ansatz lässt sowohl Raum für weitere Anpassungen als auch für feinere Analysen.

In einem Artikel zu dem Wahlverhalten und der politischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund ergänzt Wüst diese Theorie um eine „ethnisch-kulturellen Konfliktlinie“ (Wüst 2006: 230), die zur Klärung der spezifischen Präferenzen nach Bezugsregionen wie auch des Wahlverhaltens von Menschen mit Migrationshintergrund beitragen kann. Wüst nimmt an, dass sowohl politische Parteien als auch eingewanderte Personen aus bestimmten Herkunftsregionen sich jeweils auf einem Spektrum zwischen einem monokulturellen und einem multikulturellen Gesellschaftskonzept verorten. Diese Konfliktlinie spiele dementsprechend eine weitere wichtige Rolle in der Parteibindung von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte, da sie ggf. einen vergleichsweise starken Wunsch nach einer mehr oder weniger stark multikulturell orientierten und geprägten Gesellschaft hätten:

„[Die Situation ist, dass] 60 Prozent der eingebürgerten Türken sich nicht vorstellen können, die CDU/CSU zu wählen und 63 Prozent der Rumänien-deutschen die SPD stets meiden. Es scheint einen ethnisch-kulturellen Grundkonflikt (Cleavage) zu geben, an dessen Endpunkten ein monokulturelles bzw. ein multikulturelles Gesellschaftskonzept steht“ (a. a. O.: 230f.).

Nach Wüst besetzen dabei die Parteien, die im politischen Spektrum eher links der Mitte angesiedelt sind, Positionen, die zu einem multikulturellen Gesellschaftskonzept tendieren (insbesondere Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD), während ein eher monokulturelles Gesellschaftskonzept traditionell besonders von CDU/CSU, teilweise FDP aber insbesondere auch von weiter rechts auf dem politischen Spektrum angesiedelten Parteien vertreten wird bzw. wurde (a. a. O.: 230).

In der Studie des SVR analysierten Wittlif und Litta diese Parteipräferenzen unter Berücksichtigung des Bildungsniveaus. Dabei ergab sich, dass dieses bei Menschen mit Migrationshintergrund eine geringere Rolle spielt als bei Menschen ohne Migrationshintergrund (SVR 2016: 19). Laut Wüst ist die ethnisch-kulturelle Konfliktlinie von so starker Bedeutung, dass auch weitere soziodemografische Aspekte nur in einem geringen Zusammenhang mit den Parteipräferenzen der jeweiligen Gruppen von Menschen mit Migrationshintergrund stehen (Wüst 2006: 231).

Der Politikwissenschaftler weist jedoch darauf hin, dass diese Konfliktlinie inzwischen an Bedeutung zu verlieren scheint, da die Tendenz zur Wahl der traditionell präferierten Partei bei Menschen mit Migrationshintergrund zurückgeht (Wüst 2016: 415).

Die Schwächung der spezifischen Wahlneigungen lässt sich ebenfalls anhand einer Analyse der Parteipräferenzen im Generationsverlauf nachweisen, wie im Policy Brief des SVR verdeutlicht wurde (SVR 2016: 19). Dies bestärkt die Aussage, dass die Integration von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte in das politische System Deutschlands über eine lange Zeit erfolgt und Unterschiede im Wahlverhalten mit der Zeit abnehmen.

1.2. Ausübung von politischen Mandaten

Zur Frage, ob Personen mit Migrationshintergrund auch von ihrem passiven Wahlrecht Gebrauch machen und inwiefern sie in den politischen Vertretungen des Bundes, der Länder und der Kommunen repräsentiert sind, liegen (wie auch im Falle der Nutzung der aktiven Wahlberechtigung) bisher nur relativ wenig gesicherte Erkenntnisse vor. Aktuell existieren nur wenige Studien über Ratsmitglieder und quantitative Studien über Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mit Migrationshintergrund auf Bundes- und Landes- sowie Kommunalebene.

1.2.1. Im Bundestag

In einem Artikel zu den Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2013 analysiert Wüst (2014) Muster von Kandidaturen sowie Wahlerfolgen und -misserfolgen der jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten. Dabei nimmt er Bezug auf eine Analyse des Mediendienstes Integration, die vor der Wahl in Bezug auf 2.420 der 4.451 Kandidatinnen und Kandidaten aus sieben Parteien (SPD, CDU, CSU, Grüne, FDP, Die Linke und Piraten) durchgeführt wurde. Er benutzt ebenfalls die Daten der GLES-Kandidatenstudie zu der Bundestagswahl 2013, in der bei 1.137 Kandidatinnen und Kandidaten „Fragen zur Selektion und Nominierung, zu Wahlkampfaktivitäten, zu politischen Einstellungen, zu Demokratie und Repräsentation sowie Fragen zur politischen Erfahrung und dem soziodemographischen Hintergrund der Kandidaten und Kandidatinnen“ (GLES 2013: 6) gestellt wurden.

Zu der Bundestagswahl stellten die sieben untersuchten Parteien 113 Kandidatinnen und Kandidaten mit familiärer Einwanderungsgeschichte auf (Wüst 2014: 2). Dabei fanden sich bei den Parteien, die auf dem politischen Spektrum links der Mitte verortet werden, mehr Kandidatinnen und Kandidaten mit familiärer Einwanderungsgeschichte (Bündnis 90/Die Grünen: 26; Die Linke: 24; SPD: 23) als bei der CDU (12) oder der FDP (10). Bei der CSU hatte lediglich ein Kandidat einen Migrationshintergrund (a. a. O.: 2f.).

Wüst kommt zu dem Ergebnis, dass Parteien Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund zumeist in solchen Wahlkreisen aufstellen, in denen Ausländerinnen und Ausländer einen besonders großen Anteil der gesamten Bevölkerung ausmachen (a. a. O.: 6). Dies könne daran liegen, dass gerade in diesen Wahlkreisen aus demografischer Sicht potenziell mehr ambitionierte Parteimitglieder mit Migrationshintergrund hervorgebracht werden könnten. Außerdem könnten Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund über Parteigrenzen hinweg besonders von Wahlberechtigten mit familiärer Einwanderungsgeschichte unterstützt werden (a. a. O.: 5f.).

Auf der Basis einer Untersuchung der Listenpositionen sowie der Wahlkreise, in denen Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund aufgestellt wurden, konstatiert Wüst, dass alle sieben untersuchten Parteien diesen Politikerinnen und Politikern gute Erfolgschancen ermöglichten. So wurden über zwei Drittel der Kandidatinnen und Kandidaten mit familiärer Einwanderungsgeschichte in einem Wahlkreis und auf einer Landesliste parallel aufgestellt, wodurch sich ihre Erfolgschancen erhöhten (a. a. O.: 3). Bei Kandidatinnen und Kandidaten ohne Migrationshintergrund liegt dieser Anteil bei unter einem Drittel. Jene mit Einwanderungsgeschichte wurden auch überproportional häufig in, für ihre Partei auf Basis der Ergebnisse der Bundestagswahl 2009, vielversprechenden Wahlkreisen und auf aussichtsreichen Listenpositionen aufgestellt.

In einem 2016 erschienenen Artikel zu den Beziehungen zwischen politischen Parteien und Menschen mit Migrationshintergrund nimmt Wüst (2016) erneut Bezug auf die GLES-Kandidatenstudie von 2013. Er kommt darin zu dem Ergebnis, dass sich die Einstellungen von Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund teilweise von den Einstellungen derjenigen ohne Migrationshintergrund unterscheiden. Abgeordnete mit Einwanderungsgeschichte würden demnach Assimilation häufiger ablehnen, die Vereinfachung von Immigration

nach Deutschland eher befürworten und teilweise dazu neigen, die Vertretung der Belange von Personen mit Migrationshintergrund im Amt als wichtiger zu bewerten als die Abgeordneten ohne Migrationshintergrund (a. a. O.: 424).

Nach der Bundestagswahl 2017 erstellte der Mediendienst Integration einen Überblick über die neugewählten Abgeordneten mit Migrationshintergrund (Mediendienst Integration 2017). In dieser Statistik enthalten sind Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die im Ausland geboren wurden oder von denen mindestens ein Elternteil nach Deutschland zugewandert ist. Laut diesem liegt der aktuelle Anteil von Mitgliedern des Bundestages mit Migrationshintergrund bei 8,0 % (57 Abgeordnete). Mit Blick auf den Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, der laut Mikrozensus bei 22,5 % liegt (Statistisches Bundesamt 2016) sowie auf den tatsächlichen Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund (11,6 %), sind diese somit im Bundestag stark unterrepräsentiert.

Dieser erzielte Anteil von Gewählten mit Migrationshintergrund im 19. Bundestag ist der höchste seit der Gründung der Bundesrepublik. In der vorherigen Legislaturperiode waren es 37 Abgeordnete (5,9 %) und 24 Abgeordnete saßen in dem 2009 gewählten Bundestag (3,4 %). Im Jahr 2013 sei dies außerdem der größte Zuwachs gewesen, der je verzeichnet werden konnte. Bemerkenswert sei zudem, dass dieses Ergebnis erzielt wurde, obwohl in der Bundestagswahl 2013 zehn Abgeordnete mit Migrationshintergrund ihr Mandat verloren hatten (Wüst 2014: 2).

Diese 57 Mitglieder des Bundestages mit Migrationshintergrund sind nach Parteien aber nicht gleichmäßig verteilt (siehe Abbildung 9). Die SPD stellt mit 15 Personen die größte absolute Anzahl der Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Der prozentuale Anteil an allen Gewählten ist jedoch bei Die Linke mit 18,8 % am höchsten, gefolgt von den Grünen mit 14,9 %. Die bayerische CSU übernimmt sowohl absolut (ein Abgeordneter mit Migrationshintergrund) als auch prozentual (2,2 %) die letzte Stelle. Bei der AfD liegt der Anteil mit 7,4 % um etwa einen Prozentpunkt höher als bei der FDP (6,3 %).

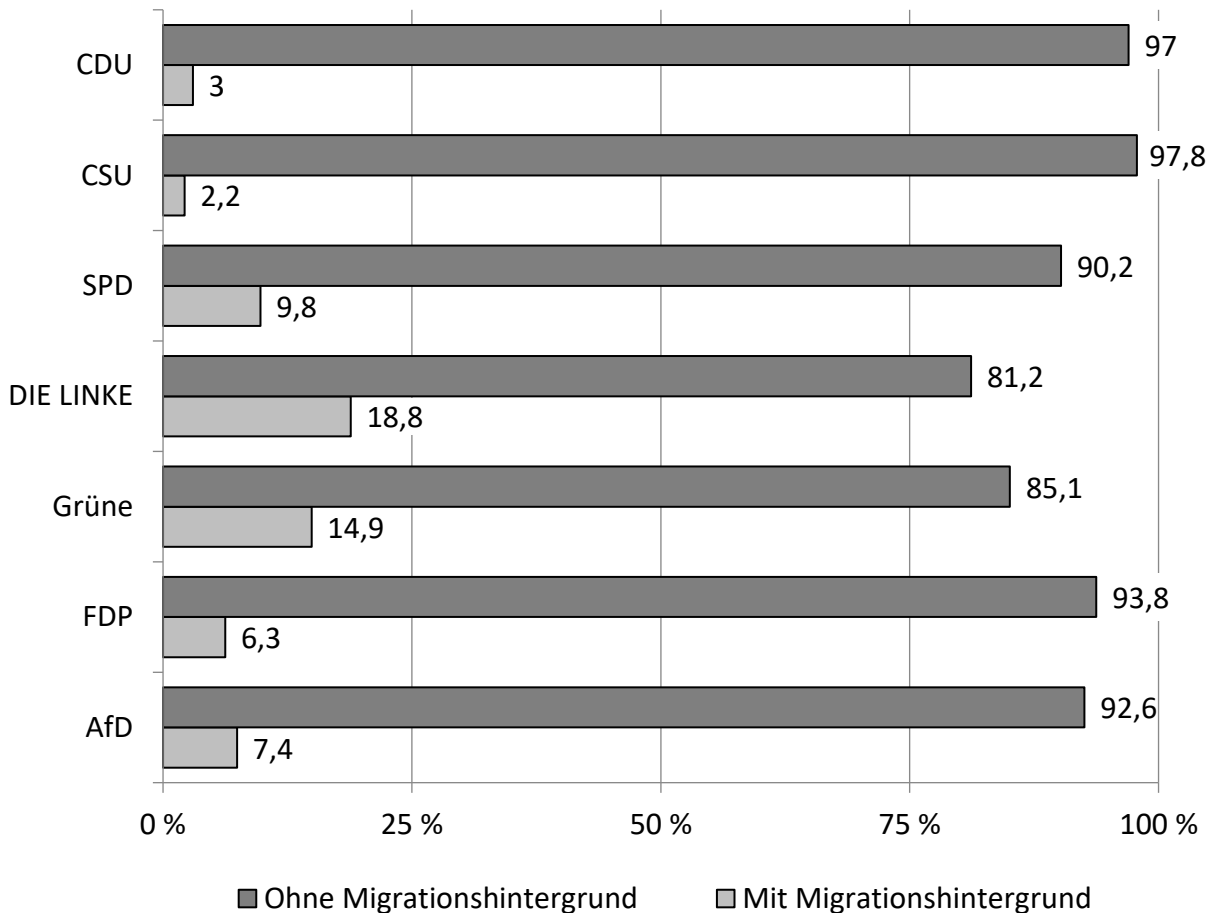


Abbildung 9: Bundestagsabgeordnete mit und ohne Migrationshintergrund nach Parteien

Anteil der 2017 gewählten Bundestagsabgeordneten mit und ohne Migrationshintergrund an allen Abgeordneten der jeweiligen Parteien. Eigene Darstellung nach Mediendienst Integration 2017 und Bundeswahlleiter 2017b © Minor

Nach Bundesländern betrachtet fällt auf, dass in allen deutschen Bundesländern bis auf Berlin, Hamburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt der Anteil von Bundestagsabgeordneten mit Migrationshintergrund, die 2013 gewählt wurden, geringer war als der jeweilige Anteil von Zugewanderten an der Gesamtbevölkerung (a. O.: 12).

Die Mehrheit von ihnen war dabei nicht selbst eingewandert, sondern hatte jeweils mindestens ein nach Deutschland eingewandertes oder ausländisches Elternteil. Die relative Mehrheit von ihnen war türkeistämmig. Unterschiede zwischen den Parteien hinsichtlich Geschlecht, Generation und früherer Herkunft waren gering, wobei die Fraktion von CDU und CSU keine Abgeordneten mit Migrationsgeschichte aus der Türkei stellten (a. a. O.: 8).

1.2.2. In den Landtagen

Laut dem Integrationsmonitoring der Länder betrug der Anteil der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in deutschen Länderparlamenten im Jahr 2015 durchschnittlich 4,5 % (Integrationsministerkonferenz 2015). Wie im Bundestag sind Menschen mit Migrationshintergrund in den Landesparlamenten somit deutlich unterrepräsentiert. Die Tendenz ist allerdings steigend: Im Jahr 2005 betrug der Durchschnitt noch 1,5 % (ebd.).

Diese Unterrepräsentation verdeutlichen Gesemann und Roth in einer Studie im Auftrag der Friedrich Ebert Stiftung (FES 2014) anhand der „proportionalen Repräsentationsquote“. Diese errechnen sie anhand der Daten des Mikrozensus zum Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aus dem Jahr 2009 und der Anzahl der Sitze von Landtagsabgeordneten mit einem ebensolchen Hintergrund aus 2011 (a. a. O.: 67). Wären diese beiden Anteile gleich, würde die Repräsentationsquote 100 % betragen. Eine hundertprozentig proportionale Repräsentationsquote wird jedoch in keinem Bundesland erreicht. Dabei unterscheiden sich die Bundesländer stark. Die höchsten Quoten erreichen die Stadtstaaten Berlin (41,9 %), Bremen (32,4 %) und Hamburg (30,6 %); die niedrigsten weisen das Saarland (0 %), Bayern (2,9 %) und Rheinland-Pfalz (5,2 %) auf (ebd.).

1.2.3. In den Kommunen

In einer Studie des Max-Planck-Instituts zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften, die von der Heinrich-Böll-Stiftung mitarbeitet und herausgegeben wurde, untersuchten Schönwälder, Sinanoğlu und Volkert die Rolle von Menschen mit Migrationshintergrund in den Stadträten deutscher Großstädte (Böll 2011). Dafür wurden quantitative und qualitative Daten über die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter mit Migrationshintergrund in 77 Großstädten der Bundesrepublik erhoben.

Der Studie ist zu entnehmen, dass auf kommunaler Ebene 4 % der Ratsmitglieder im Untersuchungszeitraum 2006 bis 2011 über einen Migrationshintergrund verfügten. Diese waren jedoch nur in 66 der 77 untersuchten Großstädte vertreten (a. a. O.: 23). Auch auf kommunaler Ebene liegt also eine deutliche Unterrepräsentation von Personen mit Migrationshintergrund vor. Dabei muss beachtet werden, dass nur Großstädte untersucht wurden.

1.3. Über die Wahlen hinaus: Nicht-elektorale politische Partizipation

Neben der Frage, inwiefern sich Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte an den Wahlen aktiv und passiv beteiligen, stellt auch die breitere politische Partizipation einen wichtigen Faktor der gesellschaftlichen Integration dar. In diesem Abschnitt beschäftigen wir uns mit mehreren Formen dieser nicht-elektoralen politischen Partizipation, von der Beteiligung an einer Unterschriftensammlung über die E-Partizipation bis zu der Mitarbeit in politischen Parteien. Ähnlich wie bei der Thematik Wahlbeteiligung befindet sich jedoch die Forschung zur nicht-elektoralen politischen Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund in ihren Anfängen.

In der bereits erwähnten BAMF-Studie aus dem Jahr 2012 zur politischen Einstellung und Partizipation von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte wurde die Beteiligung an nicht-elektoralen Aktivitäten untersucht (BAMF 2012: 36f.). Dabei nutzten Müssig und Worbs Daten des ESS (2002-2008) und der GLES (2009) zu Personen mit türkischem und italienischem Migrationshintergrund, jeweils mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Nur 32,1 % der befragten Menschen mit Migrationshintergrund gaben an, in den letzten zwölf Monaten einer der genannten Formen der politischen Partizipation (Unterschriftensammlung, Kontakt zu Politikerinnen und Politikern, Teilnahme an einer Demonstration und Mitarbeit in politischen Gruppen) nachgegangen zu sein. Bei Menschen ohne diesen Hintergrund lag der Anteil bei 40,5 %.

Erhebliche Unterschiede zeigen sich jedoch zwischen den Generationen (siehe Abbildung 10). Personen der 2. Generation (45,1 %) nutzten häufiger als Personen ohne Migrationshintergrund (40,5 %) mindestens eine nicht-elektorale Partizipationsform. Dahingegen beteiligten sich Personen der 1. Generation (22,1 %) weniger als die anderen Gruppen an nicht-elektoralen Formen der Partizipation.

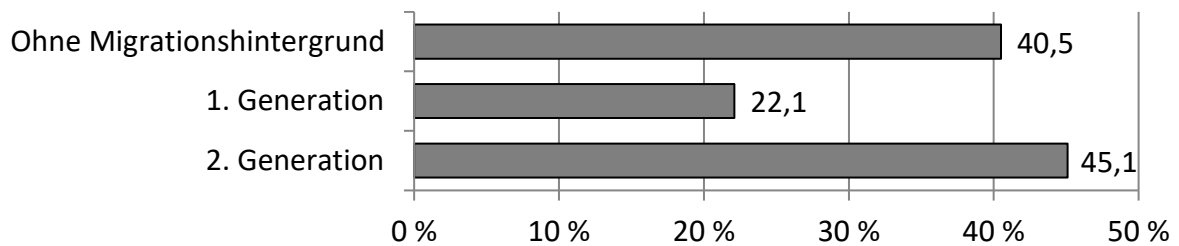


Abbildung 10: Ausübung nicht-elektoraler Partizipationsformen nach Migrationshintergrund

Beteiligung an mindestens einer nicht-elektoralen Aktivität in den letzten zwölf Monaten nach Migrationshintergrund. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach BAMF 2012 © Minor

Die Werte weichen bei Menschen mit Migrationshintergrund zwischen denjenigen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit deutlich ab. Im Falle der ersten Generation liegt die Diskrepanz bei 4,3 Prozentpunkten: Während 23,8 % der Personen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsbürgerschaft sich auf eine der genannten nicht-elektoralen Formen politisch engagiert hatten, belief sich der Anteil unter jenen ohne deutsche Staatsbürgerschaft lediglich auf 19,5 %. Bei Personen der zweiten Generation ist der Abstand noch einmal höher – er beträgt 13,5 Prozentpunkte; 46,5 % bei Menschen mit im Vergleich zu 33 % bei Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (a. a. O.: 37). Die Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit nutzt also die einzigen ihr offenstehenden Möglichkeiten der politischen Partizipation deutlich weniger als diejenigen, die auch zur Teilnahme an der (Bundestags-)Wahl berechtigt sind.

Im Hinblick auf die Einflussfaktoren der Einwanderungsgeneration und des Besitzes der deutschen Staatsangehörigkeit nehmen die Autorinnen der Studie an, dass „zum einen die Aufenthaltsdauer, aber auch der Umfang der politischen Rechte, über die Migranten verfügen, ihre Teilhabe am politischen Leben beeinflussen“ (a. a. O.: 42). Daraus ergibt sich erneut, dass die politische Integration ein langfristiger Prozess ist, aber auch, dass Einbürgerung und politische Partizipation positiv zusammenhängen.

Wird nach bestimmten Formen der nicht-elektoralen Partizipation unterteilt, fallen wieder Unterschiede nach Migrationshintergrund und nach Einwanderungsgeneration auf (siehe Abbildung 11). Die am häufigsten genutzte Aktivität ist die der Unterschriftensammlung; hierbei beteiligen sich mit 36,7 % der Befragten der zweiten Generation mehr als dies Befragte ohne Migrationshintergrund ta-

ten (31,4 %). An den anderen Formen beteiligen sich alle Gruppe weniger. Insgesamt zeigt sich, dass Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte aus der zweiten Generation sich mehr einbringen als Menschen ohne Migrationshintergrund und dass die Anteile bei Menschen der ersten Generation deutlich dahinter zurückliegen.

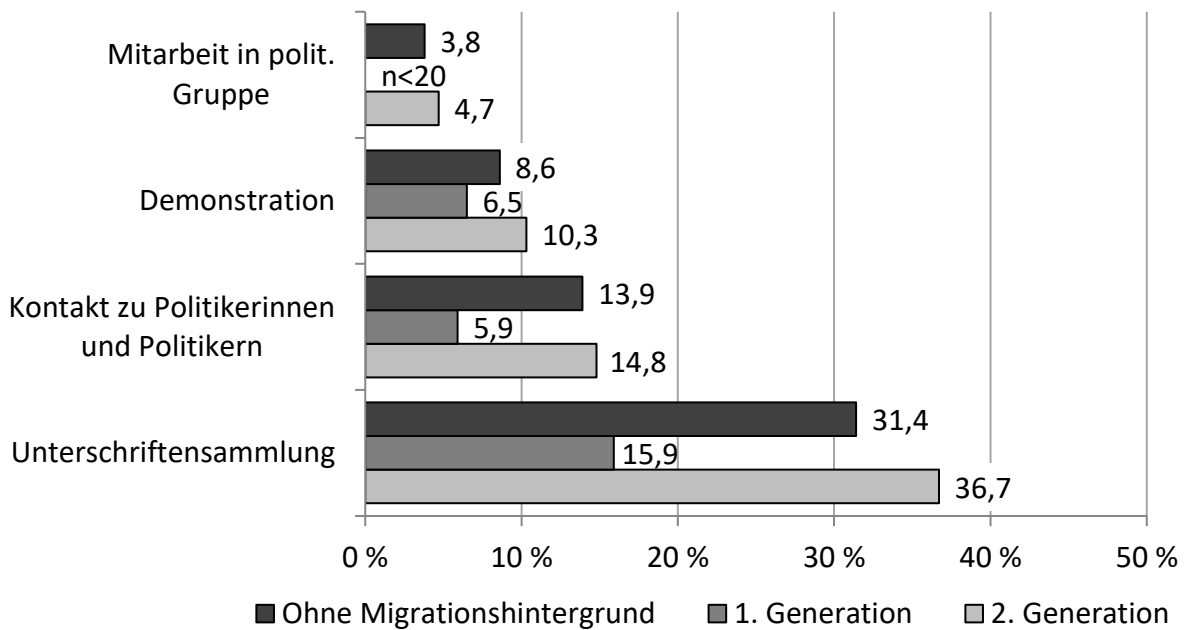


Abbildung 11: Ausübung nicht-elektoraler Partizipationsformen nach Migrationshintergrund

Beteiligung an nicht-elektoralen Partizipationsformen in den letzten zwölf Monaten, nach Migrationshintergrund und Generation. Angaben in Prozent, gewichtet. Eigene Darstellung nach BAMF 2012 © Minor

Diese Befunde wurden in dem, im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011 erstellten, zweiten Integrationssindikatorenbericht bestätigt (Integrationsbeauftragte 2011). Dabei wurde die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund anhand von Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) ausgewertet. Laut diesem waren im Jahr 2009 nur 4,9 % der Personen mit Migrationshintergrund Mitglied einer Partei oder einer politischen Organisation. Im direkten Vergleich zur Gesamtbevölkerung (8,0 %) sind dies 3,1 Prozentpunkte weniger (a. a. O.: 104f).

Dem 10. Lagebericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zufolge haben Parteien inzwischen Maßnahmen eingeführt, deren erklärtes Ziel es ist, den Anteil an Mitgliedern mit Migrationshintergrund zu erhöhen (Integrationsbeauftragte 2014). Dazu zählen der Aufbau

von Netzwerken von Mitgliedern mit Migrationshintergrund sowie die Einführung von Quoten. So konnten die großen Parteien den Anteil ihrer Bundesvorstandsmitglieder mit Migrationshintergrund erhöhen: Die CDU von einem auf fünf im Jahr 2012; die SPD von einem auf drei im Jahr 2013. Daraus ergibt sich ein Anteil von 8,6 % für die SPD und 8,1 % für die CDU (a. a. O.: 189).

Abschließend ist festzuhalten, dass Personen mit Migrationshintergrund auch in Parteien unterrepräsentiert sind. Zur Mitgliedschaft oder Mitarbeit ohne Mitgliedschaft in politischen Parteien oder Gruppierungen liegen aber keine genauen Statistiken vor. Im 10. Lagebericht werden politische Parteien dazu aufgefordert „aktiv für Mitglieder mit Migrationshintergrund zu werben und ihnen gleiche Chancen einzuräumen“ (ebd.).

Neben der Mitarbeit in politischen Parteien können sich Bürgerinnen und Bürger mit familiärer Einwanderungsgeschichte in Migrantenselbstorganisationen, Integrationsräten und Integrationsbeiräten engagieren. In welchem Ausmaß dies bisher erfolgt, wurde bis dato kaum statistisch erfasst.

Eine weitere Form der politischen Teilhabe stellt die E-Partizipation dar. Sie umfasst oben genannte nicht-elektorale Aktivitäten im politischen Raum des Internets, wie zum Beispiel Online-Kampagnen und -Petitionen sowie weitere politische Aktivitäten in sozialen Netzwerken. Die Online-Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund ist ebenso wie alle anderen Partizipationsformen wenig erforscht.

Hunger und Kissau haben sich in einer im Jahr 2009 erschienenen Studie mit dem der Informationsbeschaffung und Interaktion von Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte im Internet beschäftigt. Dabei integrieren sie sowohl theoretische Ansätze als auch empirisch basierte Daten. Der Studie ist zu entnehmen, dass Personen mit Migrationshintergrund sich häufig über das Internet vernetzen und sich über ihre Herkunftsländer (bzw. die ihrer Eltern/Großeltern) und Deutschland austauschen. „Auf Websites, in Foren oder Chats werden soziale, kulturelle und politische Themen beider Länder offen diskutiert, kritisiert und alternative Positionen aufgezeigt“ (Hunger & Kissau 2009: 7). Hunger und Kissau sehen dies als Indiz dafür, dass das Internet dieser Zielgruppe einen neuen (transnationalen) sozialen und politischen Raum für gesellschaftliche Teilhabe bietet (ebd.).

2. Das Projekt „Vote D – Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bundestagswahl 2017“

Das Projekt *Vote D* wurde von Minor von März bis Dezember 2017 in fünf Modellkommunen durchgeführt. Ziel des Projektes war es, Methoden zur Förderung der Teilhabe von Eingebürgerten an Bundestagswahlen explorativ zu erproben und daraus Schlüsse zu ziehen, wie die aktive Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an Wahlen und demokratischen Entscheidungsprozessen zukünftig unterstützt werden kann. In diesem Kapitel zeichnen wir nach, welche Schritte im Zuge des Projektes unternommen wurden, um dieses Ziel zu erreichen.

2.1. *Projektstandorte*

Für die Aktivitäten, die kommunal zur Aktivierung von Menschen mit Migrationshintergrund zur Teilnahme an der Wahl durchgeführt werden sollten, wurden fünf Modellkommunen ausgewählt: Berlin, Essen, Leipzig, Landkreis Osnabrück und Tübingen. Es wurde Wert darauf gelegt, dass die Modellkommunen sowohl in geografischer und politischer Hinsicht als auch in Bezug auf die Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund einen ausgewogenen Querschnitt darstellten. Zudem war die Bereitschaft zur Mitwirkung der Kommune eine wichtige Voraussetzung für die Auswahl.

In Vorbereitung dieser Auswahl unternahm Minor eine Recherche, um die statistischen Daten jüngsten Datums einer Reihe von Gemeinden zusammenzutragen. Es sollten Modellkommunen unterschiedlicher Größe bei dem Projekt vertreten sein und Kommunen sowohl aus dem urbanen als auch aus dem ländlichen Raum dabei sein. Zudem wurden die Ergebnisse der jeweils letzten drei zurückliegenden Kommunal- sowie Bundestagswahlen in den Gemeinden verglichen. Bei der Auswahl der Kommunen wurde die parteipolitische Couleure der kommunalen Spitze berücksichtigt, um eine parteipolitische Ausgewogenheit unter den fünf Kommunen zu gewährleisten. Der Anteil von Ausländerinnen und Ausländern sowie von Deutschen mit Migrationshintergrund und die Anzahl der Einbürgerungen waren weitere wichtige Indikatoren bei der Auswahl der Kommunen. Zusätzlich wurden Daten zu den häufigsten Bezugsländern von Deutschen mit Migrationshintergrund, darunter insbesondere von Eingebürgerten,

sowie von Ausländerinnen und Ausländern herausgesucht. Die Kenntnis dieser Statistiken sollte es ermöglichen, bei der Arbeit in den Kommunen sinnvolle Schwerpunkte bei der Ansprache bestimmter Communities setzen zu können.

2.1.1. Berlin

Zum 31. Dezember 2016 hatte die Hauptstadt Deutschlands 3.670.622 Einwohnerinnen und Einwohner (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg). Davon verfügten 676.741 Personen und somit 18,4 % der Bevölkerung nicht über eine deutsche Staatsbürgerschaft. Die drei häufigsten Staatsangehörigkeiten von Ausländerinnen und Ausländern in Berlin sind die türkische, polnische und syrische. Der Anteil von Deutschen mit Migrationshintergrund lag mit 474.991 Personen bei 12,9 % der Gesamtbevölkerung. Unter ihnen waren Menschen mit türkischem, polnischem und russischem Migrationshintergrund am stärksten vertreten. Seit 2014 wurden 18.968 Menschen in Berlin eingebürgert (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2017).

Für die Bundestagswahl 2013 waren in Berlin 2.505.718 Menschen wahlberechtigt (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2013). 72,5 % von ihnen gaben ihre Zweitstimme ab. Im Jahr 2017 hatten 2.503.070 Personen in Berlin das Recht, an der Bundestagswahl teilzunehmen. Die Wahlbeteiligung bei dieser Bundestagswahl lag bei 75,6 % (Die Landeswahlleiterin für Berlin 2017).

Regierender Bürgermeister von Berlin, Michael Müller
Schirmherr von Vote D für Berlin

„Demokratie und Integration sind nur dann erfolgreich, wenn Bürgerinnen und Bürger ihren Willen gegenüber Gesellschaft und Politik äußern. In Berlin hat fast ein Drittel der Wahlberechtigten einen Migrationshintergrund. Wir müssen wissen, was dieser große Teil unserer Gemeinschaft wünscht und erwartet. Wir brauchen ihre Stimmen als Wählerinnen und Wähler. Nur dann kann es uns gelingen, Politik und Gesellschaft im gemeinsamen Interesse zu gestalten. Nur dann gelingt die gemeinsame Integration.“

2.1.2. Essen

Zum 30. Juni 2017 wohnten in Essen 589.579 Personen (Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen 2017a). Der Anteil der Ausländerinnen und

Ausländer an der Gesamtbevölkerung lag mit 92.099 Personen bei 15,6 %. Weitere 9,0 % der Bevölkerung (53.199 Personen) waren Doppelstaatlerinnen bzw. Doppelstaatler. Bei beiden Gruppen waren Staatsangehörige aus der Türkei, Polen und Syrien am stärksten vertreten. Seit 2014 wurden in Essen 3.666 Personen eingebürgert (Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen).

Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl lag im Jahr 2013 bei 71,3 % und 2017 bei 73,9 % (Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen 2017b). Im Jahr 2013 waren 428.928 Personen in Essen wahlberechtigt (Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen 2013). Im Jahr 2017 waren es mit 419.680 Personen etwas weniger (Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen 2017c).

Oberbürgermeister Thomas Kufen
Schirmherr von Vote D für Essen

„Die Diskussionen der Vergangenheit zeigen immer wieder, dass auch Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund großes Interesse an politischen Entscheidungen und Mitbestimmung haben. Unsere Aufgabe als Politik ist es dafür zu sorgen, dass sich zugewanderte Menschen, die sich dafür entschieden haben in Deutschland zu leben, sich hier auch beheimatet fühlen. Ein Schritt dazu ist es, das aktive Wahlrecht auszuüben und auch zu verstehen, dass die Wahlbeteiligung direkt mit dem Leben in Deutschland zu tun hat. Deshalb übernehme ich gerne die Schirmherrschaft für die Umsetzung des Projektes in Essen und hoffe auf eine hohe Wahlbeteiligung eingebürgerter Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sowohl bei der bevorstehenden Landtagswahl in NRW im Mai als auch bei der Bundestagswahl.“

2.1.3. Leipzig

Zum 31. Dezember 2016 wohnten in Leipzig 579.530 Personen (Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 2017). Davon waren 51.861 Personen und somit 8,9 % der Gesamtbevölkerung Ausländerinnen und Ausländer. Die häufigsten Staatsangehörigkeiten der Ausländerinnen und Ausländer waren die syrische, russische und rumänische. Der Anteil von Deutschen mit Migrationshintergrund lag mit 25.698 Personen bei 4,4 % der Gesamtbevölkerung. Die häufigsten Bezugsländer waren hierbei die Russische Föderation, Kasachstan und Polen. Seit

2014 wurden in Leipzig 1.242 Personen eingebürgert (Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 2017 und Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2017).

Die Wahlbeteiligung nach der Zweitstimme bei der Bundestagswahl 2013 lag in Leipzig bei 67,9 % (Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, 2013). Dabei waren 430.321 Personen wahlberechtigt. Im Jahr 2017 war die Wahlbeteiligung mit 75,1 % deutlich höher (Stadt Leipzig 2017). Dabei waren mit 448.372 etwas mehr Personen wahlberechtigt.

Oberbürgermeister Burkhard Jung
Schirmherr von Vote D für Leipzig

„Für mich steht fest: Erfolgreiche Integration erfordert politische Teilhabe. Und erst das Wahlrecht macht die direkte, gleichberechtigte politische Teilhabe möglich. Wer in seinem Land wählen darf, kann mitentscheiden. Wer mitentscheidet, übernimmt auch Verantwortung. Engagierte Neu-Bürger, die Verantwortung übernehmen – das muss unser Ziel sein bei der Integration. Das Projekt *Vote D* ist da ein wichtiger Baustein.“

2.1.4. Landkreis Osnabrück

Die Einwohnerzahl im Landkreis Osnabrück lag zum 30. Juni 2016 bei 353.901 Personen (Landesamt für Statistik Niedersachsen 2016). Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung betrug zum 31. August 2017 mit 28.474 Menschen 8,0 % (Landkreis Osnabrück 2017). Am häufigsten verfügten sie über die polnische, rumänische oder türkische Staatsangehörigkeit. Am 09. Mai 2011 waren mit 52.390 Personen 14,8 % der Gesamtbevölkerung Deutsche mit Migrationshintergrund (Landkreis Osnabrück 2015). Im Jahr 2014 wurden im Landkreis Osnabrück 278 Menschen eingebürgert.

Der Landkreis Osnabrück ist in zwei Wahlkreise aufgeteilt: Osnabrück-Land 38 und Stadt Osnabrück 39. Die Wahlbeteiligung im Wahlkreis Osnabrück-Land 38 lag bei der Bundestagswahl 2013 bei 73,3 % und bei der Bundestagswahl 2017 bei 76,0 % (Landesamt für Statistik Niedersachsen, Landeswahlleitung Niedersachsen 2017a). Die Anzahl der Wahlberechtigten im Wahlkreis Osnabrück-Land 38 ist von 197.532 Personen bei der Bundestagswahl 2013 auf 199.131 Personen bei der Bundestagswahl 2017 gestiegen.

Im Wahlkreis Stadt Osnabrück 39 lag die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 bei 73,5 % und bei der Bundestagswahl 2017 bei 77,3 % (Landesamt für Statistik Niedersachsen, Landeswahlleitung Niedersachsen 2017b). Die Anzahl der Wahlberechtigten ist von 194.231 Personen bei der Bundestagswahl 2013 auf 196.720 Personen bei der Bundestagswahl 2017 gestiegen.

Landrat Dr. Michael Lübbersmann

Schirmherr von Vote D für den Landkreis Osnabrück

„Politische Teilhabe bedeutet aktive Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens und ist wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch bei uns im Landkreis Osnabrück. Wahlen sind elementare Möglichkeiten der Mitgestaltung. Das Projekt *Vote D* kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten, in dem es eingebürgerte Migrantinnen und Migranten motiviert, sich aktiv am demokratischen Prozess zu beteiligen. Daher habe ich gerne die Schirmherrschaft übernommen.“

2.1.5. Tübingen

Zum 31. Dezember 2016 wohnten in Tübingen 88.176 Personen (Universitätsstadt Tübingen 2017a). 12.693 Personen und damit 14,4 % der Gesamtbevölkerung verfügten nicht über eine deutsche Staatsbürgerschaft. Die häufigsten Staatsangehörigkeiten der Ausländerinnen und Ausländer waren die italienische, die griechische und die türkische. Der Anteil von Deutschen mit einer weiteren Staatsangehörigkeit lag mit 5.690 Personen bei 6,8 % der Gesamtbevölkerung. Unter ihnen waren Menschen mit türkischer, italienischer und griechischer Staatsangehörigkeit am stärksten vertreten (Universitätsstadt Tübingen 2017b). Seit 2014 wurden in Tübingen 892 Personen eingebürgert (Universitätsstadt Tübingen 2017c).

Bei der Bundestagswahl 2013 gaben 82,1 % der 61.195 Wahlberechtigten ihre Zweitstimme ab (Universitätsstadt Tübingen 2013). Im Vergleich dazu lag die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 bei 85,4 % (Universitätsstadt Tübingen 2017d). Die Anzahl der Wahlberechtigten im Jahr 2017 lag mit 62.416 Personen etwas höher.

Oberbürgermeister Boris Palmer
Schirmherr von Vote D für Tübingen

„Ein Inbegriff von Demokratie ist Vielfalt – Vielfalt an Themen, Ideen und Meinungen. Unabdingbar für Demokratie ist, dass die Bevölkerung in ihrer Vielfalt in den gewählten Vertretungen gut repräsentiert wird. Hier, wo Ihre Kinder zur Schule gehen, wo Sie wohnen, leben und arbeiten, wo Sie sich etwas aufbauen und für Ihr Alter Vorsorge treffen wollen, da sollten Sie auf jeden Fall von Ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Ihre Stimme zählt – *Vote D!*“

2.2. Handlungsansatz

Der Handlungsansatz von *Vote D* basierte auf früheren Erfahrungen von Minor im Bereich der Communityarbeit. Um Zugang zur Zielgruppe der Eingebürgerten mit Migrationshintergrund zu erhalten, war zum einen entscheidend, die Kooperation mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den Communities zu suchen, z. B. mit Migrantenorganisationen, Beratungsstellen und Kulturinstitutionen. Zum anderen war bei der Ansprache das spezifische Informationsverhalten der Menschen mit Migrationshintergrund – und damit auch das von in jüngster Zeit Eingebürgerten – zu berücksichtigen: Häufig nutzt die Zielgruppe zur Informationsbeschaffung lokale und communityspezifische Medien sowie soziale Netzwerke und Internetmedien.

So fand in den ausgewählten Modellkommunen zunächst eine Vernetzung mit den lokalen Communities über die Kontaktaufnahme mit lokalen Migrantenorganisationen und Bildungsträgern statt. Diese wurde weitgehend durch die Zusammenarbeit mit den kommunalen Integrationsbeauftragten ermöglicht, die eine wichtige Rolle bei der Koordination und Organisation der Aktivitäten spielten. Diese lokalen Kooperationspartner konzipierten Projektaktivitäten, die im Vorfeld der Bundestagswahl im August und September 2017 durchgeführt wurden. Minor unterstützte die Aktivitäten in den Kommunen inhaltlich und organisatorisch. In den meisten Fällen erfolgte auch eine finanzielle Unterstützung durch Minor über Projektmittel der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Weiterhin erstellte Minor Informationsmaterialien wie einen Flyer, ein Quiz und eine PowerPoint-Präsentation, die im Rahmen dieser Aktivitäten genutzt und verteilt werden konnten.

Zudem wurde ein zentrales Online-Informationsangebot in Form einer Website erarbeitet. Dieses Angebot umfasst Antworten auf 15 grundlegende Fragen zur Funktionsweise der Wahl und zum politischen System Deutschlands. Weiterhin wurden über 20 Blogeinträge rund um die Wahl und das Projekt veröffentlicht. Ein Lexikon mit Erläuterungen wichtiger Begrifflichkeiten im Zusammenhang mit dem Thema der Bundestagswahl, ein Terminkalender und ein Online-Quiz ergänzen dieses Angebot. Die auf der Website enthaltenen Informationen wurden durch eine aufsuchende Arbeit in den sozialen Internetmedien der Communities sowie mithilfe von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren verteilt.

Begleitet wurde *Vote D* durch einen Beirat, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Modellkommunen sowie Expertinnen und Experten zusammensetzte:

- Arne Busse, Leiter des Fachbereiches Zielgruppenspezifische Angebote der Bundeszentrale für politische Bildung;
- Rima Chati-Bijok, Vertreterin des Kommunalen Integrationszentrums der Stadt Essen;
- Honey Deihimi, Leiterin des Referates für Gesellschaftliche Integration im Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration;
- Breschkai Ferhad, Bundesgeschäftsführerin des Bundesverbandes Netzwerke von Migrant*innenorganisationen;
- Lajos Fischer, Vorstandsvorsitzender des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates;
- Martin Gerlach, Geschäftsführer der Türkischen Gemeinde in Deutschland;
- Andreas Germershausen, Beauftragter des Berliner Senats für Integration und Migration;
- Stojan Gugutschkow, Leiter des Referates für Migration und Integration der Stadt Leipzig;
- Dr. Pierrette Herzberger-Fofana, Beisitzerin des Dachverbandes der Migrantinnenorganisationen;
- Werner Hülsmann, Integrationsbeauftragter im Landkreis Osnabrück;
- Luzia Köberlein, Leiterin der Stabsstelle Integration und Gleichstellung der Universitätsstadt Tübingen;

- Prof. Dr. Birgit Locher-Finke, Abteilungsleiterin im Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg, Vertreterin der Integrationsministerkonferenz der Länder;
- Victor Ostrovsky, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes russischsprachiger Eltern;
- Dr. Christian Pfeffer-Hoffmann, Geschäftsführer von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung;
- Ramazan Salman, Geschäftsführer des Ethno-Medizinischen Zentrums;
- Dr. Cornelia Schu, Geschäftsführerin des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration;
- Dr. Andreas Wüst, Politikwissenschaftler, Experte für empirische Wahl- und Repräsentationsforschung.

Dieser Projektbeirat beriet Minor in Bezug auf strategische Fragen und stimmte über Schwerpunktsetzungen des Projektes ab. Weiterhin ermöglichten die Beiratsmitglieder eine erfolgreiche Vernetzung des Projektes mit Migrantenorganisationen und anderen Institutionen der politischen Bildung für Eingewanderte. Der Projektbeirat beschloss unten stehende Kriterien für die Auswahl der Projektaktivitäten und wählte auf der Basis dieser Kriterien die Aktivitäten aus, die im Rahmen des Projektes gefördert wurden.

Kriterien zur Auswahl der Projektaktivitäten

Unabdingbare Kriterien:

- (a) Verteilung der Aktivitäten insgesamt auf verschiedene, insbesondere stark vertretene Eingewandertencommunities
- (b) Einbindung in die lokale Integrationspolitik
- (c) Berücksichtigung einer Akteursvielfalt, v. a. an Migrantenorganisationen, sozialen Medien und Institutionen der politischen Bildung
- (d) Multiperspektivität und parteipolitische Neutralität der Aktivitäten
- (e) Vernetzung von Aktivitätsträgern, die keine Migrantenorganisation sind mit lokalen Migrantenorganisationen

Wünschenswerte Kriterien:

- (f) Förderung regionaler Vernetzung zwischen verschiedenen Akteuren
- (g) Methodenvielfalt, -variation und Kreativität
- (h) Stärkung besonders nachhaltiger Ansätze
- (i) Hohe Reichweite der Aktivität

3. Projekterkenntnisse: Wege der Wahlaktivierung von Menschen mit Migrationshintergrund

Über 30 Aktivitäten zur Wahlaktivierung von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte wurden im Rahmen des Modellprojektes *Vote D* durch Migrantenorganisationen, Medien- und Bildungsträger und andere Organisationen durchgeführt. Aus diesen Erfahrungen und im Austausch mit den Trägern dieser Aktivitäten sowie den Expertinnen und Experten des Projektbeirates konnte Minor eine Reihe von Erkenntnissen gewinnen, denen folgende Fragen zugrunde lagen.

Wie können Träger einen Zugang zur anzusprechenden Zielgruppe finden? Welche Aspekte sind bei der konkreten Planung und Durchführung von Aktivitäten der politischen Bildung mit Menschen mit Migrationshintergrund zu beachten? Wie können Wissensvermittlung und Kommunikation mit der Zielgruppe funktionieren? Analysiert wurden unterschiedliche Faktoren, die zum Erfolg einer Aktivität beitragen können. Dabei war das Projekt nicht darauf ausgerichtet, quantitativ messbare Ergebnisse zu liefern. Stattdessen lag der Schwerpunkt auf der qualitativen Auswertung. Dabei bildeten die im Rahmen des Vorhabens gemachten Beobachtungen, der Austausch mit den Integrationsbeauftragten und den Aktivitätsträgern vor Ort sowie – nicht zuletzt – die von den Aktivitätsträgern schriftlich ausgefüllten Evaluationsbögen die Basis für die hier präsentierten Erkenntnisse. Diese sollen als praktisch nutzbare Anregungen für zukünftige Vorhaben in der politischen Bildungsarbeit betrachtet werden.

3.1. *Zugang zur Zielgruppe*

Der erste entscheidende Faktor für das Gelingen einer Aktivität zur Wahlaktivierung von Menschen mit Migrationshintergrund ist der Zugang zur jeweils ausgewählten Zielgruppe. Es empfiehlt sich, gleich zu Beginn der Arbeit Klarheit darüber zu schaffen, wer genau die anzusprechende Zielgruppe sein soll, da dies weitreichende Folgen für die sich anschließenden Überlegungen hat – wie z. B. die Auswahl eines Formates, die Form der Ansprache etc. Die Berücksichtigung der Vielfalt innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund spielt dabei eine wichtige Rolle. So zeichnet sich jede Community – wie natürlich überhaupt jede auf der Basis einer bestimmten Kategorie definierte Bevölkerungsgruppe –

durch Heterogenität aus: Sie umfasst Menschen, die sehr unterschiedlich sozialisiert wurden, die über unterschiedliche Bildungsbiografien verfügen und verschiedene Lebensstile haben. Diese Diversität bei der Festlegung und Ansprache von potenziellen Teilnehmenden und Unterstützenden stets vor Augen zu haben, verringert die Gefahr von Pauschalisierungen und des Verstärkens von Vorurteilen.

3.1.1. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Um Zugang zu einer Zielgruppe aus der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu erhalten, ist die Zusammenarbeit mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Migrant*innenorganisationen, lokalen Medien und Bildungsträgern sowie kulturellen und religiösen Vereinen von zentraler Bedeutung. Diese verfügen über die notwendige Expertise über die Zielgruppe sowie über einen anerkannten Status innerhalb der Community, dem Ort bzw. der Nachbarschaft. Solche Personen können zum einen den direkten Kontakt mit der Zielgruppe herstellen. Zum anderen können sie – je nach Kapazitäten und Kompetenzen – eine tragende Rolle in den geplanten Aktivitäten erhalten und so durch ihre Kenntnisse über die Bedürfnisse und Interessen der Anzusprechenden zum Gelingen der Aktivität beitragen. Die starke Einbindung und auch sichtbare Präsenz einer Person, die in der Community selber Vertrauen und Ansehen genießt, kann dazu führen, dass die (potenziellen) Teilnehmenden sich durch das höhere Identifikationspotenzial der Aktivität gegenüber offener zeigen und sich stärker einbringen bzw. eher teilnehmen.

Zu den Personen, die eine solche Rolle übernehmen können, zählen z. B. Trainerinnen oder Trainer eines Sportvereins, Predigerinnen oder Prediger einer religiösen Gemeinschaft, Vorstände eines Kulturvereins sowie Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler. Besteht die Aufgabe, eine Aktivität der politischen Bildung mit Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte an einem Ort durchzuführen, in dem man bisher über keinerlei Kontakte zu lokalen Organisationen verfügt, so kann die kommunale Verwaltung ein guter erster Ansprechpartner sein. Integrationsbeauftragte sowie -räte und -beiräte pflegen häufig Kontakte zu den einzelnen Communities vor Ort und viele von ihnen sind selbst Communitymitglieder.

Projektbeispiel: Informationen über das politische System und die Parteienlandschaft in Deutschland

MODELLKOMMUNE: ESSEN

FORMAT: MULTIPLIKATORENSCHULUNGEN

DATEN: 09.08.2017, 11.08.2017, 14.08.2017, 30.08.17

TRÄGER: FÖRDERGESELLSCHAFT KULTUR UND INTEGRATION/SPRINT VERMITTLUNGSSERVICE

Der Sprint Vermittlungsservice führte im August vier Multiplikatorenschulungen zum Thema „Rechtliche Grundlagen der Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017“ in Essen durch. An den Schulungen nahmen insgesamt 50 Personen teil. Darunter befanden sich insbesondere die Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler mit Migrationshintergrund des Fördervereins, die einen direkten Kontakt zur Zielgruppe von *Vote D* haben.

Die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wurden auf der Basis einer Präsentation geschult und erhielten in Kleingruppen eine erste Einführung in den Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung. Sie bestätigten einen Bedarf an sachlichen Informationen, die an die Kundinnen und Kunden weitergegeben werden können. Darüber hinaus wurden Informationsmaterialien an Mitglieder von Migrant*innenorganisationen sowie im Freundes- und Bekanntenkreis verteilt und über die E-Mail-Verteiler und WhatsApp-Gruppen weitergeleitet.



3.1.2. Netzwerke

Menschen bewegen sich innerhalb sozialer Netzwerke, in denen sie sich austauschen und Informationen weitergeben. Dazu zählen private (Familien, Bekannte und Freundeskreise) und professionelle Kontakte (Arbeitskolleginnen und -kollegen, Kooperationspartnerinnen und -partner), aber auch Kontakte in Vereinen oder politischen Organisationen usw. Die Kommunikation innerhalb eines Netzwerkes kann dabei sowohl mündlich als auch schriftlich sein – zunehmend spielen soziale Internetmedien (z. B. Facebook, Instagram, YouTube) eine wichtige Rolle. Um die Reichweite von geplanten Aktivitäten zu vergrößern, ist es zielführend, alle bereits Erreichten zu bitten, ihre Netzwerke mit einzubeziehen, um z. B. weitere Teilnehmende zu finden oder bestimmte Informationen zu verbreiten.

Für den Zugang zur Zielgruppe sind vor allem bereits vorhandene und etablierte Netzwerke von Vorteil, jedoch können auch neue Netzwerke geschaffen werden. Im Rahmen von *Vote D* konnten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Organisationen miteinander in Kontakt gebracht werden, die daraufhin in einen fruchtbaren Austausch traten und gemeinsam an der Gestaltung von Aktivitäten arbeiten konnten. Das Zusammenbringen sich bisher unbekannter Personen aus derselben Community ist auch in den sozialen Medien möglich: Öffentlichkeitskampagnen, neue Facebook-Gruppen oder Blogs sind hierfür geeignete Instrumente. Weiterhin gibt es die Möglichkeit, über Stammtische, Veranstaltungsreihen, Stuhlkreise oder Workshops zu Themen der politischen Teilhabe ein Netzwerk aufzubauen, in dem sich Personen aus der Zielgruppe regelmäßig austauschen können.

Erfolgt der Zugang zur Zielgruppe über bereits vorhandene Netzwerke, so hat dies den Vorteil, dass in diesen Fällen politische Bildungsarbeit im Rahmen eines vertrauten Kontextes stattfinden kann (siehe 3.4.2.3). So hat z. B. ein Dachverband von Migrant*innenorganisationen in Essen acht „elektronischen Wahlbriefe“ erstellt, welche er an seine Mitgliedsvereine in Form von E-Mails verschickte. Die Wahlbriefe enthielten Informationen zu dem politischen System Deutschlands und zu der Funktionsweise der Bundestagswahl. Die Mitgliedsvereine wiederum leiteten diese an ihre Mitglieder weiter. Die Wahlbriefe wurden so im Rahmen eines Netzwerkes von Vereinen, Vereinsmitgliedern und deren Bekannten- und

Freundeskreisen verbreitet. Dadurch konnte der Träger eine hohe Reichweite erzielen.

3.2. Formate der politischen Bildung

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, eine Aktivität zur politischen Teilhabe oder ganz konkret zur Wahlaktivierung durchführen. Zunächst muss der Träger entscheiden, ob er online und/oder offline arbeiten möchte. Je nachdem, welche Wahl getroffen wird, schließt sich eine bestimmte Reihe von Fragen an. Fällt die Wahl auf ein Angebot im Netz, so gilt es festzulegen, ob z. B. eine eigene Webseite erstellt, eine Videokampagne durchgeführt oder mit Bildern gearbeitet werden soll. Bevorzugt man hingegen eine Offline-Aktivität, so ergibt sich auch hier die Frage, ob z. B. eine reine Informationsveranstaltung, eine Diskussionsrunde oder eine Multiplikatorenschulung angeboten werden soll.

Die Entscheidung für oder gegen ein bestimmtes Format sollte sich dabei vor allem an dem verfolgten Ziel und insbesondere an der anzusprechenden Zielgruppe ausrichten. Es lohnt sich, die Gewohnheiten und Interessen der Anzusprechenden zu eruieren, um das Format anzupassen. Für eine junge Zielgruppe, die sich prinzipiell vor allem im Internet informiert, ist anders vorzugehen, als für eine eher ältere, die seltener mit internetfähigen Geräten in Kontakt kommt (siehe 3.5.1).

Im Rahmen des Projektes *Vote D* zeigte sich beispielsweise, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen einer Moscheegemeinde im Landkreis Osnabrück mit viel Begeisterung am Thema der Bedeutsamkeit von Wahlen arbeiteten. Zentraler Grund dafür war hier die Wahl des Formates, da es sich um einen Poetry-Slam-Workshop handelte. Mit Spaß und Eifer widmeten sie sich dem Texten, Reimen und Vortragen von Argumenten, die für eine Teilnahme an Wahlen sprechen.

Mitunter kann es sinnvoll sein, bereits bestehende Formate zu nutzen. Wenn also eine Community eine eigene Facebook-Gruppe gegründet hat, können dort Inhalte verbreitet werden (siehe 3.1.2). Wenn die Mitglieder einer Organisation sich ohnehin regelmäßig treffen, bietet es sich an, eine Veranstaltung an einen solchen Termin anzudocken (siehe 3.4.2.5).

Projektbeispiel: Poetry Slam mit jungen Erwachsenen und Jugendlichen

MODELLKOMMUNE: LANDKREIS OSNABRÜCK

FORMAT: WORKSHOP

DATUM: 09.09.2017

TRÄGER: JUGENDGRUPPE DER SULTAN MURAD MOSCHEE

„Denn deine Stimme bestimmt in diesem Staat, wer bekommt dein Kreuzchen – wohin geht die Fahrt?“ So lautet der Refrain des gemeinsam von Mitgliedern der Jugendgruppe der Sultan Murad Moschee erarbeiteten Stücks „Deine Stimme“. An einem Samstag nahmen sich 14 junge Erwachsene und Jugendliche Zeit für politische Bildungsarbeit in Form eines Poetry-Slam-Workshops.

Mit der Unterstützung des Poetry Slammers Bas Böttcher beschäftigten sich die jungen Menschen auf kreative Weise mit ihren Gedanken zur Wahl am 24. September 2017. Nach einer Einführung erarbeiteten die Teilnehmenden in einem ersten Schritt den Refrain. In einem zweiten Schritt wurden in drei Arbeitsgruppen die Strophen entwickelt. Das so entstandene Gesamtwerk wurde aufgeführt. Es wurde eine Audioaufnahme davon erstellt. Mit Spaß und Kreativität reflektierten die jungen Menschen die Bedeutung von Politik, Mitsprache und Partizipation. Der Song wurde in der Facebook-Gruppe der Jugendgruppe gepostet und über die sozialen Medien des Projektes verbreitet.



Es wird also schnell deutlich, dass es kein allgemeingültiges Rezept gibt, welches Format bei einer Aktivität zur Wahlaktivierung oder politischen Bildung eingesetzt werden sollte. Ziele, Inhalte und Zielgruppe sind die Kriterien, die bei der Entscheidung ausschlaggebend sein sollten.

Im Folgenden werden einige der Formate aufgeführt, die im Rahmen des Projektes *Vote D – Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund* zum Einsatz kamen.

3.2.1. Informationsveranstaltungen

Die Durchführung einer Informationsveranstaltung bietet sich z. B. an, wenn der Zielgruppe hauptsächlich grundlegende Informationen über Wahlen und das politische System (oder auch ein anderes Thema der politischen Bildung) vermittelt werden sollen. Menschen dazu zu motivieren, eine reine Informationsveranstaltung zu Themen der politischen Bildung zu besuchen, stellt jedoch häufig eine Herausforderung dar. Um dieser zu begegnen, sollte man bei der Auswahl des Ortes und der Terminierung versuchen, dass die Veranstaltung für viele Mitglieder der Zielgruppe günstig gelegen ist (siehe 3.4.2).

Um die Attraktivität einer Informationsveranstaltung zu erhöhen, kann diese mit einem weiteren Programmpunkt verbunden werden. Wird die Informationsveranstaltung von einem kulturellen Rahmenprogramm begleitet, wie z. B. einem Konzert, einer Ausstellung oder der Vorführung eines Filmes, so kann sich die Zielgruppe stärker angesprochen fühlen. Auch der Besuch einer politischen Einrichtung, wie z. B. des Bundestags, ist denkbar.

Weiterhin ist es wichtig, möglichst immer Raum für Interaktion zu geben, sodass die Informationsvermittlung nicht einseitig verläuft (siehe 3.5.4).

3.2.2. Podiumsdiskussionen

Die Podiumsdiskussion ist ein klassisches Format, um kontroverse Themen zu bearbeiten und kommt auch vor einer Wahl regelmäßig zum Einsatz. Dabei kann sich die Zielgruppe über die unterschiedlichen Positionen der kandidierenden Parteien informieren. Gerade weil dieses Format so oft genutzt wird, besteht jedoch – wie bei Informationsveranstaltungen – das Risiko, dass das Format an sich als wenig ansprechend wahrgenommen wird und sich somit nicht so viele Teil-

nehmende wie gewünscht finden lassen. Um das Interesse der Zielgruppe an einer Podiumsdiskussion zu erhöhen, können die gleichen Anreize wie bei einer Informationsveranstaltung gegeben werden. Findet nach der Diskussion z. B. ein Konzert statt, kann ggf. eine höhere Anzahl an Teilnehmenden erreicht werden.

Es ist ebenfalls ratsam, die Diskussion mit den Kandidatinnen und Kandidaten möglichst dynamisch zu gestalten. Dabei wird die Kreativität des durchführenden Trägers oft belohnt. Im Rahmen des Projektes wurde in Berlin eine Podiumsdiskussion für junge Menschen aus der türkischen Community organisiert, bei der das Format des politischen Speed-Datings umgesetzt wurde. Mitglieder des durchführenden Vereins wurden dazu aufgerufen, auf das Podium zu kommen und an einem Rednerpult Fragen an eine Politikerin oder einen Politiker zu stellen. Dieses Format bietet sich besonders gut an, wenn eine große Brandbreite an Parteien eingeladen wird. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Kandidierenden sich zu Themen äußern, die für die Zielgruppe relevant sind. Die Gestaltung in Form einer klassischen Diskussion zwischen Politikerinnen und Politikern, ohne die Zielgruppe stark einzubinden (siehe 3.5.4), ist in diesem Fall nicht empfehlenswert.

3.2.3. Multiplikatorenschulungen

Im Fall einer Multiplikatorenschulung wird die Zielgruppe nicht direkt angesprochen. Stattdessen werden mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Informationen erarbeitet, die dann an die Zielgruppe weitergegeben werden können. Dabei ist darauf zu achten, dass die Informationen, die den Teilnehmenden der Schulung unterbreitet werden, tatsächlich bei der Zielgruppe ankommen können. Die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sollen in die Lage versetzt werden, sachliche Fragen der Zielgruppe (z. B. zur Funktionsweise der Wahl) beantworten zu können. Sie müssen zudem so reflektiert ihre Aufgabe wahrnehmen wollen und können, dass ihre eigene politische Meinung nicht einer eher neutralen Informationsweitergabe zuwiderläuft.

Um einen möglichst großen Effekt bei einer Multiplikatorenschulung zu erreichen, ist auf die Auswahl der Teilnehmenden zu achten. Eine heterogene Geschlechts- und Altersstruktur kann z. B. die endgültige Reichweite der vermittelten Informationen erhöhen. Im Rahmen der Multiplikatorenschulungen des Sprint-Vermittlungsservices in Essen wurden Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler aus unterschiedlichen Communities, verschiedenen Alters und

mit einem ausgewogenen Geschlechterverhältnis eingeladen (siehe Projektbeispiel S. 43). Dies begünstigte wiederum eine Weitergabe der Informationen an eine breite Zielgruppe.

3.2.4. Öffentlichkeitsarbeit

Neben den bisher genannten Veranstaltungsformaten wurden im Rahmen von *Vote D* auch mehrere Aktivitäten durchgeführt, die dem Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zugeordnet werden können. Öffentlichkeitsarbeit ist natürlich ein wichtiger Bestandteil aller Aktivitäten, bei denen z. B. Teilnehmende gewonnen oder Inhalte verbreitet werden sollen. Doch bei einigen der Aktivitäten stellte die Ansprache einer möglichst großen Zahl nicht nur ein Werkzeug dar, sondern stand im Mittelpunkt der Bemühungen. Ein solches Vorgehen eignet sich dann, wenn das Ziel darin liegt, viele Menschen auf ein Thema aufmerksam zu machen, Neugier zu wecken und Bewusstsein zu schaffen. Mit den Öffentlichkeitskampagnen, die im Rahmen von *Vote D* ermöglicht wurden, wurde das Ziel verfolgt, eingebürgerte Menschen mit Migrationshintergrund – unter Wahrung parteipolitischer Neutralität – gezielt als Wählergruppe anzusprechen und ihnen zu verdeutlichen, dass ihre Stimme wichtig ist. In dem Video der Volksschule Tübingen (siehe Projektbeispiel S. 51) betonte z. B. eine Studentin der Universitätsstadt: „Es ist deine Stimme, es ist dein Recht, wählen zu gehen. Wenn du etwas in diesem Land bewegen willst, dann solltest du wählen gehen. Das ist das einfachste, was man machen kann.“

Bei der Durchführung einer Öffentlichkeitskampagne ist eine konkrete und genaue Planung der Aktivität notwendig: Werden im Rahmen einer Aktivität unterschiedliche Inputs (seien dies Memes, Blogartikel oder Videos) in den sozialen Medien veröffentlicht, empfiehlt es sich, ausreichend Zeitabstände zwischen den Veröffentlichungen zu lassen, damit es ausreichend Zeit gibt, in der die Informationen verbreitet und diskutiert werden können. Es gilt, das richtige Maß für Rhythmus und Menge der Informationen zu finden, sodass die Angesprochenen die Kampagne über einen längeren Zeitraum mit Interesse verfolgen. Auch bei Öffentlichkeitskampagnen, die offline erfolgen, muss eine sorgfältige Zeitplanung stattfinden: Sowohl bei einer Postkartenversandaktion als auch bei der Veröffentlichung der Ausgabe einer Zeitschrift muss z. B. ausreichend Zeit für den Druck und die Verbreitung eingeplant werden.

Wie bei Veranstaltungen empfiehlt es sich auch bei einer Öffentlichkeitsarbeitskampagne die Frage nach dem adäquaten Ort bzw. virtuellen Raum frühzeitig zu klären. Bei der Erstellung und der Verbreitung von Postkarten oder ähnlichen Informationsmaterialien ist es z. B. ratsam, eine Liste von den Orten zu erstellen, an denen sich Mitglieder der anzusprechenden Community bewegen. Dort sollten die Materialien ausgelegt bzw. verteilt werden, um die Zielgruppe zu erreichen. In den sozialen Medien stellt sich die gleiche Frage: Welche virtuellen Räume, welche Online-Netzwerke, welche Seiten werden von Mitgliedern der Zielgruppe häufig frequentiert?

Daran schließt sich die Überlegung an, wer die administrativen Rechte innehat, an diesen Orten Informationen einzustellen und wem die Zielgruppe Aufmerksamkeit und Vertrauen schenkt. Wird z. B. ein Video auf Facebook veröffentlicht, dann ist es empfehlenswert, dass es von einer Person oder einer Organisation veröffentlicht wird, die über eine hohe Reichweite verfügt. Der Träger, der die Kampagne verantwortet, erreicht dann eine größere Anzahl von Personen, wenn es ihm gelingt, die Personen, hinter denen sich eine große Leserschaft versammelt, für das eigene Vorhaben zu gewinnen.

Für die Verbreitung der Informationen ist es hilfreich, wenn alle vorhandenen Netzwerke mit Zugang zur Zielgruppe aktiviert werden. In diesem Zusammenhang ist es ratsam, sich schon vor der Veröffentlichung an die entsprechenden Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zu wenden, um die Öffentlichkeitsarbeitskampagne anzukündigen und um eine Verbreitung der Informationen zu bitten. Auch während der Verbreitungsphase ist die Weiterführung dieser Beziehungspflege und aktiven Netzwerkarbeit zielführend.

Sind die entsprechenden Ressourcen vorhanden, kann es bei der Konzipierung der Öffentlichkeitsarbeitskampagne nützlich sein, sich an eine professionelle Agentur zu wenden. Diese verfügt über umfassende Kenntnisse zu potenziellen Erfolgsfaktoren von derartigen Kampagnen und kann so den Träger bei seinem Vorhaben beraten.

Projektbeispiel: „Warum ich wählen gehe“ – Persönliche Botschaften

MODELLKOMMUNE: TÜBINGEN

FORMAT: ÖFFENTLICHKEITSARBEIT ONLINE – VIDEOKAMPAGNE

DATUM: SEPTEMBER 2017

TRÄGER: VOLKSHOCHSCHULE TÜBINGEN

Die Volkshochschule Tübingen konzipierte und produzierte ein Video, in dem Einwohnerinnen und Einwohner zu Wort kommen und über die Bedeutung der Bundestagswahl sprechen. In dem Video erzählen sowohl bekannte Persönlichkeiten als auch Bürgerinnen und Bürger aus Tübingen, von jung bis alt, warum es so wichtig ist, zu wählen. Dem Aktivitätsträger war es besonders wichtig, Mitglieder verschiedener Peer-Groups zu porträtieren, sodass möglichst viele Zuschauende eine Verbindung zu den Protagonistinnen sowie Protagonisten und ihren Aussagen aufbauen können.

Die Volkshochschule ließ eine Lang- und eine Kurzversion des Videos anfertigen. Diese wurden in den sozialen Medien veröffentlicht und von Partnern der Volkshochschule wie dem Volkshochschulverband Baden-Württemberg verbreitet. Eine Lehrerin kündigte zudem an, diese Materialien für den Unterricht nutzen zu wollen. Die Videos wurden dann am Wahltag im Rathaus Tübingen gezeigt. Insgesamt konnte eine breite und diverse Zielgruppe erreicht werden.



3.3. Expertise und Inhalte

Nicht nur das Format und die konkrete Organisation können für den Erfolg einer Aktivität eine Rolle spielen. Auch die Auswahl der Inhalte selber ist ausschlaggebend dafür, ob das Angebot der politischen Bildung bei der Zielgruppe ankommt und von dieser angenommen wird. Eine möglichst frühzeitige Analyse der Bedarfe und Erwartungen der Zielgruppe an das Angebot ermöglicht es, die Inhalte der Aktivitäten zur Wahlaktivierung ggf. anzupassen.

3.3.1. Vermittelte und diskutierte Inhalte

Im Laufe des Projektes *Vote D* stellte sich heraus, dass in vielen Communities ein Bedarf nach grundlegenden Informationen zur Funktionsweise der Wahl und dem politischen System Deutschlands vorhanden ist. Die Vermittlung dieser Informationen und die Klärung von damit in Zusammenhang stehenden Fragen fördert das Verständnis für politische Geschehnisse und Abläufe.

Dabei ist es hilfreich, wenn der Alltagsbezug der behandelten Gegenstände deutlich hervorgehoben wird. Es bietet sich z. B. an, Abläufe von (aktuellen) Gesetzesänderungen oder -vorschlägen mit den persönlichen Konsequenzen für die Angesprochenen zu verbinden. Daraus kann sich eine direkte Verbindung zwischen politischen Themen und dem persönlichen Leben sowie Umfeld ergeben.

Weiterhin ist die Kommunikation über nicht-elektorale politische Partizipation wichtig. Hierzu können Möglichkeiten wie Unterschriftensammlungen, Kontakt zu Politikerinnen und Politikern, Teilnahme an einer Demonstration und Mitarbeit in politischen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgezeigt werden. Es empfiehlt sich außerdem, über die Möglichkeit der Ausübung eines politischen Mandats zu informieren und dazu zu motivieren.

Auch wenn natürlich die Kenntnisse über das politische System und die Institutionen von zentraler Bedeutung sind, so sind es letzten Endes doch die Inhalte, die politischen Streitfragen, die die Menschen (mit oder ohne Migrationshintergrund) bewegen. Wie bereits oben angesprochen, ist es hilfreich, die Bedürfnisse der Zielgruppe zu kennen – dazu gehört auch die Frage, welche Themen für sie von besonderem Interesse sind. Dann lassen sich passende Informationen dazu anbieten, z. B. welche Positionen die kandidierenden Parteien in Bezug auf die sie interessierenden Themen vertreten.

3.3.2. Professionelle inhaltliche Vorbereitung

Ist es das Anliegen, Informationen über das politische System Deutschlands, die Funktionsweise einer Wahl und weitere Möglichkeiten der politischen Partizipation zu vermitteln und zu verbreiten, bedarf es selbstverständlich fundierter Kenntnisse im Bereich der Thematik, die zum Inhalt des Angebots gemacht werden soll. Nur so kann die Verlässlichkeit der Informationen gesichert werden. Weiterhin ist darauf zu achten, dass zunächst die Grundlagen anschaulich und in einer auf die Zielgruppe abgestimmten Form (sowohl was Menge, Sprache, Sprachniveau als auch Layout anbelangt) aufbereitet werden. Sowohl Über- als auch Unterforderung sollten vermieden werden.

Besitzt der Träger der Aktivität das benötigte Wissen (noch) nicht und hat keine Möglichkeit, sich dieses im Vorfeld der Aktivität anzueignen, ist es notwendig, externe Expertise hinzuzuziehen. Diese kann von (wissenschaftlichen) Referentinnen und Referenten, politischen Bildungsträgern wie z. B. von der Bundeszentrale für politische Bildung oder anderen Vereinen und Migrant*innenorganisationen beigesteuert werden. Bei der Suche nach externer Expertise kann ein Netzwerk von Akteuren aus der politischen Bildungsarbeit und der Arbeit mit der Zielgruppe sehr hilfreich sein (siehe 3.1.2).

Es ist ratsam, dazu Externe zu suchen, bei denen davon auszugehen ist, dass sie bei der Darbietung von Informationen auf Neutralität bedacht sind. Falls Politikerinnen und Politiker bei einer Aktivität eingebunden werden, sei es z. B. für eine Podiumsdiskussion oder als Teil einer Themenkampagne, ist es empfehlenswert, dass der Träger der Aktivität eine große Spannweite an Parteien anfragt. So kann eine Multiperspektivität sichergestellt werden.

Als verlässliche und neutrale Informationsquelle über die Positionen verschiedener Parteien bietet sich der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung an. Eine frühzeitige Bereitstellung dieses Instrumentes, zusammen mit Hintergrundinformationen zu den dort diskutierten Thesen, die zum Teil komplexe Themen betreffen, ist empfehlenswert.

3.4. Organisation der Aktivität

Der Erfolg einer Aktivität zur Förderung der politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund hängt auch von sehr konkreten und basalen Erwägungen ab. Wann und wo wird die Aktivität stattfinden? Wie viel Zeit steht für

die Planung und Durchführung zur Verfügung? Wer kann die damit einhergehenden Aufgaben übernehmen? Wie steht es um die finanziellen Mittel, die eingesetzt werden können? Aus den Aktivitäten, die im Rahmen von *Vote D* durchgeführt wurden, konnten wir greifbare Erkenntnisse darüber gewinnen, was es bei der Organisation einer Aktivität zu beachten gilt.

3.4.1. Ressourcen

Die Einplanung und Sicherstellung von ausreichend Ressourcen ist ausschlaggebend für das Gelingen einer Aktivität der politischen Bildung.

3.4.1.1. Zeit

Um die geplante Aktivität erfolgreich umsetzen zu können, ist für den durchführenden Träger eine Planungsphase mit genügend Vorlauf vonnöten. Im Projekt *Vote D* wurde deutlich, dass eine Vorbereitungszeit von eineinhalb bis zwei Monaten für eine Aktivität zur Wahlaktivierung nicht ausreichend ist. Zwar wurden bis auf wenige Ausnahmen alle geplanten Aktivitäten umgesetzt und durchgeführt, jedoch gab ein Großteil der Träger an, dass sie sich mehr Zeit für die Planung und Organisation der Aktivität gewünscht hätten.

Gerade für eine Podiumsdiskussion, zu der Vertreterinnen und Vertreter kandidierender Parteien eingeladen werden, ist zu berücksichtigen, dass diese in den Wochen vor einer Wahl einen sehr engen Zeitplan haben. Bleibt den Organisatorinnen und Organisatoren nur wenig Zeit, braucht es viel Anstrengung und Glück, um die Teilnahme von genügend Parteien mit gegensätzlichen politischen Ansichten zu sichern und somit einen spannenden und bildenden Austausch zu ermöglichen.

Im Verlauf von *Vote D* zeigte sich, dass diese Erschwernisse insbesondere bei Trägern zum Tragen kommen, die zum ersten Mal eine Aktivität zur Wahlaktivierung durchführen. Diese stehen vor der Herausforderung, sich zunächst mit Abläufen und Prozessen der Konzeption und Ausrichtung einer solchen Veranstaltung vertraut zu machen. Lokale Migrant*innenorganisationen werden fast ausschließlich ehrenamtlich betrieben. Das limitiert ihre Kapazitäten für Planung und Durchführung einer Aktivität allein schon zeitlich. Professionelle Träger oder Dachverbände mit größeren Kapazitäten und hauptamtlichem Personal sahen sich hingegen eher in der Lage, auch innerhalb dieser kurzen Fristen und mit weniger Schwierigkeiten die Aktivitäten zu planen.

3.4.1.2. Finanzen

Gemeinnützige Träger, zu denen auch Migrantenorganisationen zählen, finanzieren sich meist durch Mitgliedsbeiträge oder Spenden. Ihre Eigenmittel reichen oft nicht aus, um Aktivitäten der politischen Bildung ohne finanzielle Unterstützung durchzuführen. Sie sind auf die Bereitstellung von Geldern angewiesen, denn im Zuge der politischen Bildungsarbeit fallen Kosten an: Die Zahlung einer Raummiete kann notwendig sein, falls keine eigenen Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Für Referentinnen und Referenten oder für Agenturen, die sie bei der Umsetzung von Offline- und Online-Öffentlichkeitsarbeit unterstützen, müssen Honorare eingeplant werden. Die Verpflegung der Teilnehmenden und ggf. ein kulturelles Rahmenprogramm, die einen Anreiz für die Teilnahme an Veranstaltungen darstellen (siehe 3.2.1), können weitere Kosten verursachen, ebenso die Erstellung und Verbreitung von ansprechenden und inhaltlich korrekten Informationsmaterialien.

Dafür bietet sich häufig eine Förderung durch öffentliche Zuwendungen, die für politische Bildungsarbeit zur Verfügung stehen. Es ist von Vorteil, wenn diese finanzielle Unterstützung nicht an die Bedingung einer Kofinanzierung geknüpft wird. Kann der Träger die Kofinanzierung nicht aufbringen, ist es möglich, dass die Durchführung von Aktivitäten zur politischen Bildung und Teilhabe daran scheitert; dies betrifft in der Regel vor allem kleinere Träger.

Zudem sollte der Verwaltungsaufwand, der mit der Kostenabwicklung einhergeht, überschaubar bleiben. Insbesondere Träger, die kaum Erfahrung in diesem Bereich mitbringen und sich dem nicht gewachsen fühlen, schrecken vor hohen bürokratischen Hürden zurück. Es bietet sich an, besonders wenn die Förderbeträge recht gering sind, dass Träger einen Werkvertrag erhalten und über eine einfache Rechnung abrechnen können. Bei *Vote D* erwies es sich z. B. als hilfreich, dass die Träger für die einzureichenden Rechnungen und Dokumentationsbögen Vorlagen erhielten, wodurch der Aufwand für sie minimiert und die Fehleranfälligkeit verringert wurde.

3.4.1.3. Personal

Ein weiterer Faktor der Ressourcenplanung umfasst die Suche nach geeignetem Personal. Die Größe des Teams, das es zusammenzustellen gilt, hängt von dem

Aufwand ab, der mit der Organisation der Aktivität verbunden ist. Sollten im Rahmen der Aktivität Leistungen und Einsätze vorgesehen werden die, wie der Auf- und Abbau eines Pavillons für einen Informationsstand, Zeit und Kraft verlangen, ist genug Personal einzuplanen.

Weiterhin ist es von Bedeutung, dass das Personal die Kompetenzen für die Organisation und Durchführung von Aktivitäten zur politischen Bildung mitbringt. Bestenfalls haben Mitmachende die Expertise, um Informationen und Inhalte professionell zu vermitteln. Gerade wenig erfahrene Träger können diese Kompetenzen häufig noch nicht vorweisen. In diesem Fall ist es empfehlenswert, sich externe Hilfe einzuholen.

Ratsam ist die Einbindung von Personen mit Zugang zur Zielgruppe bzw. Community und Sensibilität für dieselbe. Im Idealfall sind Vertreterinnen und Vertreter der Community im Organisationsteam repräsentiert. Auf diese Weise kann die Ansprache der Zielgruppe besser gelingen, da in diesem Fall die Mitarbeitenden selber eine Multiplikatorenfunktion innehaben. So wurden für ein communityübergreifendes Informationsfrühstück in Tübingen mehrere Mitglieder des Integrationsbeirates eingebunden, die selber eine familiäre Einwanderungsgeschichte haben und das Vertrauen von unterschiedlichen Zielgruppen genießen.

3.4.2. Ort und Terminierung

Je nach Format der Aktivität und Wohnort bzw. Mobilität der zu erreichenden Zielgruppe bieten sich bestimmte Örtlich- sowie Räumlichkeiten eher an bzw. sind andere auszuschließen.

3.4.2.1. Niedrigschwellige Angebote

Wenn möglich, ist die Durchführung lokaler Aktivitäten direkt innerhalb der Ort- bzw. Nachbarschaft ratsam. So werden niedrigschwellige Angebote geschaffen, welche die Hemmschwellen zur Teilnahme der Zielgruppe verringern können. Für eine communityspezifische Veranstaltung können die Chancen auf viele Teilnehmende erhöht werden, wenn der ausgewählte Veranstaltungsraum in der unmittelbaren Nachbarschaft der Zielgruppe liegt. Insbesondere in Großstädten, in denen sich die Communities oft auf bestimmte Bezirke und Stadtteile konzentrieren (siehe Pfeffer-Hoffmann 2016: 145-159), ist es von Vorteil, die Veranstaltung in demselben Bezirk oder Stadtteil durchzuführen. Ist dies nicht zu gewährleisten, ist alternativ die Auswahl eines zentralen Veranstaltungsortes

empfehlenswert. In allen Fällen ist darauf zu achten, dass sich der Veranstaltungsort in einer mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbaren Lage befindet.

3.4.2.2. Mobilität in ländlichen Gebieten

In ländlichen Gebieten sind bei der Auswahl der Veranstaltungsräumlichkeiten zusätzlichen Erwägungen notwendig. Ist zum Beispiel eine zentrale Veranstaltung in einem Ort geplant, zu der Teilnehmende aus dem umliegenden Ortschaften anreisen müssen, empfiehlt es sich, eine Möglichkeit des Transportes anzubieten. Gerade in Gebieten, in denen die Mobilität durch öffentliche Verkehrsmittel eher eingeschränkt ist, kann dies zu einer höheren Reichweite der Aktivität beitragen. Dies wurde z. B. für eine große Abendveranstaltung im Landkreis Osnabrück angeboten und sehr positiv von den Teilnehmenden angenommen.

3.4.2.3 Vertraute Umgebung

Als positive Faktoren zur Verringerung der Hemmschwelle zählen auch Orte und Räumlichkeiten, die der Community bekannt und vertraut sind. Gemeinde- und Vereinshäuser, Beratungsstellen, Gemeinschaftsräume einer Bildungseinrichtung oder auch Gebetsräume sind Orte, an denen sich ein Teil der Community regelmäßig aufhält. In Berlin wurden z. B. eine Podiumsdiskussion und eine Informationsveranstaltung in den Räumlichkeiten eines lokal gut etablierten Vereins durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass die Teilnehmenden mit diesem Ort vertraut waren und sich rege an der Diskussion beteiligten. Ein willkommener Nebeneffekt bei der Auswahl solcher Räumlichkeiten ist, dass auch Personen erreicht werden können, die sich zufällig dort aufhalten und nicht gezielt wegen der Aktivität gekommen sind.

3.4.2.4 Laufkundschaft

Auch für Aktivitäten, durch die Laufkundschaft erreichen werden soll, ist der ausgewählte Ort entscheidend. Für einen Informationsstand auf einem Fest oder einem Markt ist es ratsam, darauf zu achten, dass ein Großteil der Besucherinnen und Besucher vor Ort der Zielgruppe entspricht – im Fall von *Vote D* z. B. wahlberechtigten Personen mit Migrationshintergrund. Faktoren wie die Wetterlage und ein gut erreichbarer Standort spielen bei der Reichweite der Aktivität auch eine Rolle.

3.4.2.5 Terminierung

Feiertage, Schulferien oder wichtige Festtage, die in der Community von hoher Bedeutung sind, können einen Teil oder sogar Großteil der Zielgruppe daran hindern, an der geplanten Aktivität teilzunehmen. Es kann aber auch effektiv sein, wiederkehrende Feiertage oder feste Termine in der Community zu nutzen, um in vertrauter Umgebung Inhalte einem (großen) Publikum zu vermitteln. Hier können z. B. in einem Verein Sonntagsfrühstücke, Sportveranstaltungen und kulturelle Abende, Gebetstermine in einer religiösen Community oder sonstige bestehende regelmäßige Termine genutzt werden, um im Anschluss über das politische System Deutschlands, Inhalte der Wahlen oder andere Themen der politischen Bildung zu diskutieren. Im Rahmen einer Projektaktivität in Essen wurde z. B. eine Informationsveranstaltung gleich nach einem Freitagsgebet angesetzt. Es nahmen mehrere Menschen an dieser Veranstaltung teil, die dies ursprünglich nicht geplant hatten, aber durch die Ansprache darauf aufmerksam gemacht wurden.

3.4.3. Zusammenarbeit mit Trägern

Werden die Aktivitäten zur politischen Bildung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte im Rahmen eines Projektes gefördert, das wie *Vote D* an mehreren Orten parallel läuft und in dem unterschiedliche Communities angesprochen werden, kann der Projektträger nicht alle Aktivitäten selber durchführen. Dies macht die Zusammenarbeit mit externen Trägern notwendig. Außerdem spielen diese eine wichtige Rolle für den Zugang zu der Zielgruppe (siehe 3.1.1).

3.4.3.1. Vertrauensbasis schaffen durch frühzeitige Kommunikation

In diesem Fall ist es von Vorteil, wenn der Projektträger diese Organisationen rechtzeitig – noch vor der Planungsphase der Aktivität – kontaktiert und eine Beziehung zu ihnen aufbaut. Dies bietet die Gelegenheit, eine Vertrauensbasis für eine gute Zusammenarbeit zu schaffen.

3.4.3.2. Kontinuität im Austausch

Die Förderung im Rahmen eines Projektes geht häufig mit bestimmten Auflagen einher. Dies liegt daran, dass Projekte, in denen öffentliche Gelder zum Einsatz kommen, den hohen Ansprüchen an Qualität, Neutralität und Transparenz, die bei der Nutzung solcher Gelder angelegt werden, entsprechen müssen, um die

Förderbedingungen zu erfüllen. In der Zusammenarbeit mit Trägern im Projekt *Vote D* hat sich herausgestellt, dass Trägern, die meist unabhängig, d. h. ohne enge Abstimmung mit einem externen Partner arbeiten, die Umstellung auf die Erfüllung solcher Kriterien – im Falle einer Wahlaktivierung z. B. der parteipolitischen Neutralität – schwerfällt. Um die Einhaltung der Förderrichtlinien zu gewährleisten, ist eine stetige Kommunikation zwischen dem Projektträger und dem Träger der Aktivität empfehlenswert.

Die bereits im Vorfeld geschaffene Vertrauensbasis erleichtert es dem Projektträger, immer wieder auf die Bedeutung der Berücksichtigung der Richtlinien hinzuweisen. Er kann die Kooperationspartner auffordern, erstellte Materialien zur Durchsicht und Qualitätskontrolle einzureichen. Besteht ein vertrauensvolles Verhältnis, so ist auch die Wahrscheinlichkeit höher, dass bestehende Probleme bei der Umsetzung der Anforderungen an den Projektträger herangetragen werden, sodass gemeinsam nach Lösungen gesucht werden kann. Diese Art der Kommunikation erleichtert es, eine geplante Aktivität erfolgreich und zielorientiert umzusetzen.

3.4.3.3. Angebot bedarfsorientierter und unterstützender Strukturen

Neben der frühzeitigen und stetigen Kommunikation empfiehlt es sich, den Trägern weitergehende Unterstützung anzubieten. Um möglichst passgenaue Angebote an sie machen zu können, sollte im Gespräch eruiert werden, welche Art von Mitwirkung und Entlastung in welchem Umfang gewünscht und benötigt ist. Die Unterstützung kann unterschiedliche Formen annehmen, z. B. die Recherche nach Informationen und das Bereitstellen von Informationsmaterialien, die Hilfe bei der Planung und Durchführung der Aktivität oder der Öffentlichkeitsarbeit, die Suche nach Räumlichkeiten, die Übersetzung von Inhalten in Herkunftssprachen, die Kontaktvermittlung von Expertinnen und Experten sowie die Hilfe bei der Teilnehmerakquise.

Im Projekt *Vote D* stellte Minor allen Trägern Informationsmaterialien bereit: Einen Flyer, ein Quiz sowie eine PowerPoint-Präsentation zu grundsätzlichen Fragen über die Bundestagswahl und die politische Partizipation. Außerdem konnten alle Inhalte der eigens erstellten Informationswebseite von den Trägern der Aktivitäten genutzt und weitergeleitet werden. Weiterhin wirkte Minor bei der Organisation, Planung und zum Teil Durchführung der Aktivitäten in den einzelnen Modellkommunen und in den sozialen Medien mit.

Projektbeispiel: „Wir packen es an! Frauen mit Migrationsgeschichte stärken Politik!“

MODELLKOMMUNE: BERLIN

FORMAT: DISKUSSIONSABEND UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

DATUM: 28.08.2017

TRÄGER: AGITPOLSKA E.V.

Am 28. August 2017 führte der Verein agitPolska eine Veranstaltung in Berlin-Friedrichshain durch. Anwesend waren fünf Direktkandidatinnen und -kandidaten aus dem Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost: Canan Bayram (Bündnis 90/Die Grünen), Timur Husein (CDU), Cansel Kiziltepe (SPD), Pascal Meiser (Die Linke) und Athanasia Rousiamani-Goldthau (FDP).⁵ Zusammen mit 30 Frauen mit polnischem Migrationshintergrund diskutierten sie über Gründe, die für eine Wahlbeteiligung sprechen, sowie über die Möglichkeiten der politischen Teilhabe von Frauen mit Migrationshintergrund. Eine Foto- sowie Videodokumentation des Abends erreichte in den sozialen Medien fast 3.800 Personen. Der WDR berichtete im Cosmo/Radio Po Polsku über die Veranstaltung und veröffentlichte zwei weitere Sendungen über die Bundestagswahl im gleichen polnischsprachigen Programm.



⁵ Im Vorfeld wurden alle Parteien, die im Wahlkreis Direktkandidatinnen und -kandidaten zur Wahl stellten, zu der Veranstaltung eingeladen.

3.5. Kommunikation mit der Zielgruppe

Um Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte für Aktivitäten mit dem Ziel der Aktivierung zur politischen Teilhabe und Beteiligung an den Wahlen in Deutschland zu gewinnen, ist eine für sie ansprechende und wertschätzende Kommunikation wichtig. Auch für beteiligte Politikerinnen und Politiker, externe Partnerinnen und Partner und Medien verspricht der direkte Austausch über politische Teilhabe mit Menschen mit Migrationshintergrund spannende Lerneffekte für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft.

3.5.1. Berücksichtigung der Heterogenität von Menschen mit Migrationshintergrund

Bei der Kommunikation mit Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte sollte stets berücksichtigt werden, dass es sich bei ihrer Gesamtheit und auch innerhalb der Bevölkerungsgruppen mit demselben Migrationshintergrund (gemeint ist mit demselben Bezugsland) um heterogene Gruppen handelt. Von einer Gruppe ist auch nur insofern zu sprechen, als dass auf alle Menschen dieser Gruppe ein bestimmtes (von außen angelegtes) Kriterium zutrifft – nämlich das Vorhandensein eines Bezuges zu einem bestimmten Land, sei es durch eine eigene Migrationserfahrung oder durch die eines Eltern- oder Großelternanteils oder auch mehrerer. Jedoch gibt es durchaus Vereine, (soziale) Medien oder lose Organisationen, die auf der Basis dieses gemeinsamen Merkmals entstehen. Um das Interesse für Fragen der politischen Teilhabe zu wecken, ist es zielführend, die Kommunikationsformen und Ansprache an die Communities anzupassen. Hierbei spielt das jeweilige Alter, die Sozialisation und der Bildungsstand eine gewichtige Rolle.

Dazu zwei Beispiele: In den im Rahmen des Projektes *Vote D* angesprochenen religiös geprägten Communities erwiesen sich Kommunikationsmittel wie die Gemeindezeitschrift oder die Predigt als erfolgreiche Instrumente, um die Teilnehmenden anzusprechen und Inhalte der politischen Bildung zu vermitteln. Andere Communities ließen sich hingegen sehr gut über Sendungen eines lokalen Radiosenders erreichen.

Bei einer Veranstaltung mit kulturellem Rahmenprogramm können je nach Art des Angebots unterschiedliche Zielgruppen angesprochen werden. So konnte das Rahmenprogramm einer Podiumsdiskussion – das Konzert eines Rappers –

Projektbeispiel: Sonderausgabe der Sultan Gazete

MODELLKOMMUNE: LANDKREIS OSNABRÜCK

FORMAT: ÖFFENTLICHKEITSARBEIT OFFLINE

ZEITPUNKT: AUGUST-SEPTEMBER 2017

TRÄGER: SULTAN MURAD MOSCHEE

Die Redaktion der Vereinszeitschrift „Sultan Gazete“ der Sultan Murad Moschee in Bad Essen erstellte eine kostenlose Sonderausgabe zum Thema Bundestagswahl 2017. Diese Zeitschrift erschien zweisprachig (auf Deutsch und Türkisch) in einer Auflage von 1.000 Exemplaren. Sie wurde im August und September, während des Opferfestes, unter den Mitgliedern der Moscheevereine des Landkreises verteilt.

Grußworte kamen vom Schirmherrn des Projektes *Vote D* im Landkreis Osnabrück und dem Vorsitzenden der DITIB Niedersachsen und Bremen e.V..

Das Redaktionsteam interviewte Gemeindemitglieder mit türkischem Migrationshintergrund zu den Themen Wahlbeteiligung und politisches Engagement. Weiterhin beinhaltet die Sonderausgabe Informationen in einfacher Sprache zur Funktionsweise der Bundestagswahl, dem Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung sowie der Bedeutung von politischer Partizipation in Deutschland.



z. B. junge Menschen mit türkischem Migrationshintergrund begeistern. Das folkloristische Rahmenprogramm einer durch eine russische Migrantenorganisation durchgeführte Veranstaltung hingegen war unter älteren Menschen mit russischem Migrationshintergrund besonders populär. Neben dem Bezugsland liegen also viele weitere Aspekte von Identitäten vor, die durch ansprechende Kommunikationsmittel derart berücksichtigt werden können, dass die Personen sich stärker von der Aktivität angesprochen fühlen.

Prinzipiell ist es ratsam, altersgerechte Mittel der Kommunikation zu nutzen. Für ältere Personen eignet sich die Ansprache über Offline-Medien, wie Zeitungen, Plakate und Briefe. Junge Erwachsene informieren sich hingegen weitestgehend online – z. B. über Online-Zeitungen, Blogs oder Facebook. Es gibt viele Kommunikationsmittel, um Inhalte zu vermitteln und zu verbreiten sowie Aktivitäten zu bewerben und Teilnehmende zu akquirieren und einzuladen. Um möglichst viele Personen einer Community zu erreichen, sollten deshalb auch möglichst mehrere Kommunikationskanäle parallel genutzt werden.

3.5.2. Kommunikation auf Augenhöhe

Bei der Ansprache und der Vermittlung von Informationen und Inhalten ist eine wertschätzende und nicht paternalistische Kommunikation mit der Zielgruppe von großer Bedeutung. Dies kann nur gelingen, wenn eine Verständigung auf Augenhöhe stattfindet und sich alle Teilnehmenden ernst genommen und nicht bevormundet fühlen. Dazu gehört es auch, dass die Lern- und Kommunikationsinteressen von Politikerinnen und Politikern sowie „Expertinnen“ und „Experten“, die sich an einer Aktivität beteiligen, reflektiert und artikuliert werden.

Eine wertschätzende Kommunikation kann z. B. dadurch gewährleistet werden, dass Fragen der Teilnehmenden nicht bewertet sondern sachlich zur Kenntnis genommen und beantwortet werden. Jede und jeder der Teilnehmenden, der Referierenden oder Diskutierenden bringt seinen bzw. ihren eigenen Erfahrungshorizont mit und ist in bestimmten Gebieten kompetenter und in anderen weniger – dessen sollten sich alle bewusst sein. Im Fall einer Podiumsdiskussion mit Politikerinnen und Politikern lässt sich eine Kommunikation auf Augenhöhe z. B. durch den Verzicht auf eine Bühne, durch eine lockere und gemütliche Gestaltung der Räumlichkeiten sowie eine längere Zeit für den Austausch mit dem Publikum herstellen.

Ein weiterer Faktor, der eine bedeutende Rolle für eine wertschätzende Kommunikation spielt, ist die Vermeidung von Diskriminierung und von Vorurteilen. Hierzu ist interkulturelle Kompetenz notwendig (siehe 3.4.1.3). Dies bedeutet z. B., dass der/die Moderierende die Gespräche und Diskussionen nicht in eine Richtung lenkt, weil er oder sie denkt, dass bestimmte Themen für eine Community besonders wichtig seien. An einer solchen Stelle ist es notwendig, selbstreflektiert zu handeln und größtmögliche Offenheit mitzubringen. Um sensibel mit möglichen kulturellen Unterschieden umgehen zu können, ist es hilfreich, sich mit den Lebensumständen und Gewohnheiten der Zielgruppe im Vorfeld auseinanderzusetzen.

3.5.3. Sprache

Aus den Erfahrungen des Projektes *Vote D* lässt sich ableiten, dass Informationen zur politischen Teilhabe und zur Wahlaktivierung nur in geringem Umfang in verschiedenen Herkunftssprachen angeboten werden. Für komplexe Themen mit einem spezifischen Wortschatz ist es jedoch zielführend, neben der Verbreitung von Informationen auf Deutsch diese in den jeweiligen Herkunftssprachen der Adressatinnen und Adressaten bzw. der ihrer Familien zu verbreiten. So wurde für eine Informationsveranstaltung für Menschen mit russischem Migrationshintergrund in Berlin eine Expertin mit russischen Sprachkenntnissen eingeladen, was die Kommunikation an einigen Stellen vereinfachte. Ein weiteres Beispiel dafür ist die bilinguale Broschüre „Du hast die Wahl“ der Bundeszentrale für politische Bildung. Zur Bundestagswahl 2017 veröffentlichte sie diese in den Sprachen Deutsch-Arabisch, Deutsch-Russisch, Deutsch-Türkisch und Deutsch-Polnisch. Das Angebot wurde von den Trägern in *Vote D* sehr positiv bewertet. Grundsätzlich kann die Ansprache in der Herkunftssprache von den Adressatinnen und Adressaten als Wertschätzung empfunden werden. Weiterhin kann durch die Bereitstellung von Informationen in den Herkunftssprachen die Hemmschwelle zur aktiven Beteiligung an Diskussionen gesenkt werden.

Darüber hinaus ist es ratsam, Informationen und Inhalte in einfacher Sprache bereitzustellen. Zielgruppen und -personen, die über unterschiedliche Sprachkompetenzen verfügen, werden dabei gleichermaßen angesprochen – es ist eine niedrigschwellige und barrierearme Art der Informationsvermittlung, die auf die leichte Verständlichkeit abzielt. Sie ist geeignet für Personen und Zielgruppen,

deren Erstsprache nicht Deutsch ist und verringert ihre Ausgrenzung bei Angeboten von politischer Bildung und Informationen zu den Wahlen. Um einfache bzw. verständliche Sprache zu nutzen und einzusetzen, bedarf es jedoch der Expertise in Bezug auf diese Form der Kommunikation, denn sie folgt bestimmten Regeln: So wird beim Schreiben eines Textes in einfacher Sprache z. B. auf Fachwörter verzichtet und darauf geachtet, dass die Sätze relativ kurz sind.

3.5.4. Einbindung der Zielgruppe

Um die Inhalte und Informationen interessant aufzubereiten und zu vermitteln, ist es förderlich, die Zielgruppe durchgehend einzubinden. Dies kann beispielsweise durch die Verwendung interaktiver Formen der Wissensvermittlung geschehen. Die Inhalte werden hierbei spielerisch und multisensorisch vermittelt, z. B. durch den Einsatz von interaktiven Lernaktivitäten und multimedialen Inhalten. Dies ist für die Verständlichkeit des Gesprochenen sehr dienlich. Zudem ist es effektiv, wenn möglich vor der Durchführung der Aktivität bereits mit den Mitgliedern der Community zu eruiieren, welche Fragen sie haben und welche Themen der politischen Bildung sie besonders interessieren. So werden sie auch in der Vorbereitungsphase einbezogen und es können gemeinsam Bedarfe für die Inhalte der Aktivität erarbeitet werden.

Ein Beispiel für ein solches Angebot aus der Arbeit im Projekt *Vote D* ist ein Quiz zur Wissensabfrage über die Bundestagswahl. Dieses wurde sowohl online auf der Informationswebseite des Projektes⁶ zur Verfügung gestellt als auch in gedruckter Form auf Informationsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen verteilt. Hier geschieht die Vermittlung von Wissen über Wahl und Wahlsystem nicht in beherrschender, sondern in spielerischer Form. In mehreren durchgeführten Veranstaltungen kam dieses Angebot bei den Teilnehmenden sehr gut an.

Bei Informationsveranstaltungen können Fragen an das Publikum gestellt, Kleingruppen gebildet, in denen mehrere Personen zu Wort kommen können, oder Umfragen unter den Teilnehmenden gestartet werden. Durch die Verwendung von Medien oder beispielsweise anschauliche Grafiken können Fakten auf spielerische, humorvolle und theatralische Weise aufbereitet werden.

⁶ www.vote-d.de/quiz

Projektbeispiel: Dialogplattform „Teilnehmen und die Zukunft beeinflussen!“

MODELLKOMMUNE: LEIPZIG

FORMAT: DISKUSSIONSABEND

DATUM: 20.09.2017

TRÄGER: BUNDESVERBAND RUSSISCHSPRACHIGER ELTERN (BVRE)

Am 20. September 2017 veranstaltete der Bundesverband russischsprachiger Eltern (BVRE) in Leipzig eine Dialogplattform für die russischsprachige Community zum Thema: Welchen Kurs soll Deutschland nach der Bundestagswahl einschlagen? Eingeladen wurden alle auf der sächsischen Landesliste stehenden Parteien. Ins Gespräch kamen Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftliche Akteure sowie die Parteimitglieder, die der Einladung gefolgt waren: Bündnis 90/Die Grünen, Alternative für Deutschland, Bürgerrechtsbewegung Solidarität und Freie Demokraten.

Der Diskussionskreis war für alle offen und wurde zweisprachig (auf Russisch und Deutsch) moderiert. Aktuelle Themen wie u. a. Asylrecht, Familienbild, Russlandsanktionen, Frauenquote, Propaganda, Parteiprogramme und finanzielle Hilfen wurden kontrovers diskutiert. Die Bedeutung und Reichweite des Wahlrechtes wurde im Kontext der vorgebrachten Themen und der Frage, wie die Zukunft Deutschlands aussehen soll, klar betont. Der russischsprachige Fernsehsender RTVD TV sowie die Online-Zeitschrift Most vom Integrationsverein „Leipzig – Brücke der Kulturen“ berichteten über die Veranstaltung.



In einer Diskussionsrunde, in der Expertinnen und Experten sowie Teilnehmende aus der Community zu Wort kommen, ist die Interaktivität und somit die Effektivität der Wissensvermittlung besonders hoch, da sie nicht top-down stattfindet, sondern im Dialog.

Aus den Erfahrungen des Projektes *Vote D* lässt sich ableiten, dass Workshops einen sehr guten Rahmen für Methoden der interaktiven Wissensvermittlung bieten können. Die Wissensvermittelnden und die Teilnehmenden des Workshops sind in einem stetigen Austausch miteinander. Beide Seiten tragen aktiv zur Gestaltung der Aktivität bei; beide Seiten sind ein elementarer Bestandteil der Veranstaltung.

Weiterhin bieten sich für eine interaktive Wissensvermittlung auch Methoden wie das Fishbowl an, bei der sowohl Politikerinnen und Politiker als auch Interessierte aus den Communities beisammen sitzen und in wechselnden Konstellationen gleichberechtigt über politische Inhalte diskutieren.

3.6. Nachhaltigkeit: politische Bildung von Menschen mit Migrationshintergrund sichern

Damit ein Träger in der Lage ist, Aktivitäten zur Bildung und Aktivierung der Zielgruppe konzipieren und durchführen zu können, benötigt es bestimmte Rahmenbedingungen. Eine Stärkung und Professionalisierung der Strukturen von Migrant*innenorganisationen, die als Bindeglied zwischen der Zielgruppe und der Einwanderungsgesellschaft funktionieren, ist dafür eine notwendige Entwicklungsaufgabe.

Eine auf Dauer angelegte Strukturförderung für Migrant*innenorganisationen ist in diesem Kontext empfehlenswert. Wenn Voraussetzungen für eine nachhaltige Professionalisierung von Migrant*innenorganisationen geschaffen werden, ist dies auch für eine nachhaltige politische Bildung und daraus ergebend Teilhabe von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte förderlich.

Um aufgebaute Strukturen zu festigen und Synergieeffekte zu nutzen, ist eine Vernetzung von Migrant*innenorganisationen und anderen Trägern der politischen Bildung ratsam.

Durch eine Regelmäßigkeit von niedrigschwelligen Angeboten zur politischen Bildung kann eine Vertrautheit und Sicherheit der Zielgruppe mit politischen

Projektbeispiel: Wahlaufrufe zur Bundestagswahl 2017

MODELLKOMMUNEN: ESSEN, TÜBINGEN UND LANDKREIS OSNABRÜCK





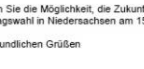




FORMAT: BRIEFAKTION

ZEITPUNKT: SEPTEMBER 2017

TRÄGER: STADT ESSEN, GEMEINDERAT DER UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN UND LANDKREIS OSNABRÜCK

In Essen und Tübingen sowie im Landkreis Osnabrück wurden wahlberechtigte Neueingebürgerte von der Kommunalverwaltung angeschrieben und zur Wahl aufgerufen. Dies geschah nach dem Vorbild der erfolgreichen Hamburger Briefaktion zur Einbürgerung, die von Staatsministerin Aydan Özoğuz bei der Auftaktveranstaltung des Projektes *Vote D* als gutes Beispiel benannt wurde.

In den drei schriftlichen Wahlaufrufen wurde auf die Informationswebsite von *Vote D* sowie auf die Möglichkeiten, sich über alle zur Wahl stehenden politischen Parteien zu informieren, hingewiesen. Unterschrieben wurden die Briefe vom Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen, in Tübingen von den Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderates und vom Oberbürgermeister Boris Palmer sowie vom Landrat Dr. Michael Lübbersmann aus dem Landkreis Osnabrück.

 <p>STADT ESSEN Der Oberbürgermeister Thomas Kufen Rathaus, Porschestraße 45127 Essen Telefon +49 201 88 88000 Telefax +49 201 88 88010 09.2017</p> <p>Aufruf zur Beteiligung an der Bundestagswahl 2017</p> <p>Sehr geehrte/r</p> <p>am 24. September 2017 findet in Essen und in ganz Deutschland die Bundestagswahl statt. An diesem Tag werden die Abgeordneten gewählt, die vier Jahre lang Ihre Stimme und Ihre Interessen im Bundestag vertreten werden.</p> <p>Jeder deutsche Staatsangehörige ab dem 18. Lebensjahr ist dazu berechtigt, an dieser Wahl teilzunehmen. Als Oberbürgermeister der Stadt Essen lege ich viel Wert auf die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger und möchte Sie hiermit bitten, von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.</p> <p>Durch Ihre Einbürgerung haben Sie gezeigt, dass Sie Teil unserer Gesellschaft sind. Mit den zwei Stimmen, die Ihnen bei der Bundestagswahl zustehen, haben Sie die Möglichkeit mitzuentcheiden und sich damit aktiv an der Ausgestaltung der Demokratie zu beteiligen.</p> <p>Alle Details zur Bundestagswahl finden Sie auf der Website www.vote-d.de. Dort werden zentrale Fragen zur Funktionsweise der Wahl sowie zum politischen System Deutschlands beantwortet.</p> <p>Zur Wahl stehen mehrere Kandidatinnen und Kandidaten sowie Parteien, die sich für unterschiedliche Positionen, Sichtweisen und Vorschläge einsetzen. Bis zur Wahl können Sie sich darüber informieren und Ihre Entscheidung treffen.</p> <p>Ich würde mich freuen, wenn Sie am 24. September 2017 dabei wären. Jede Stimme zählt!</p> <p>Mit freundlichen Grüßen Ihr</p>  <p>Thomas Kufen Oberbürgermeister der Stadt Essen</p> 	 <p>LANDKREIS OSNABRÜCK Der Landrat Fachdienst Ordnung Integration/Ausländer</p> <p>Datum: 15.09.2017 Zimmer-Nr.: 2.15 Auskunft erteilt: Herr Durchwahl: 2555 Tel.: (0541) 921-2555 Fax: (0541) 921-39877 E-Mail: 39877</p> <p>Sehr geehrte/r</p> <p>am 24. September 2017 findet in Tübingen und in ganz Deutschland die Bundestagswahl statt. An diesem Tag werden die Abgeordneten gewählt, die vier Jahre lang Ihre Interessen im Bundestag vertreten werden.</p> <p>Jeder deutsche Staatsangehörige ab dem 18. Lebensjahr ist dazu berechtigt, an dieser Wahl teilzunehmen. Als Landrat lege ich viel Wert auf die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger und möchte Sie hiermit bitten, von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.</p> <p>Durch Ihre Einbürgerung haben Sie gezeigt, dass Sie Teil unserer Gesellschaft sind. Mit den zwei Stimmen, die Ihnen bei der Bundestagswahl zustehen, haben Sie die Möglichkeit mitzuentcheiden und sich damit aktiv an der Ausgestaltung der Demokratie zu beteiligen.</p> <p>Alle Details zur Bundestagswahl finden Sie auf der Website www.vote-d.de. Dort werden zentrale Fragen zur Funktionsweise der Wahl sowie zum politischen System Deutschlands beantwortet.</p> <p>Zur Wahl stehen mehrere Kandidatinnen und Kandidaten sowie Parteien, die sich für unterschiedliche Positionen, Sichtweisen und Vorschläge einsetzen. Bis zur Wahl können Sie sich darüber informieren und Ihre Entscheidung treffen.</p> <p>Ich würde mich freuen, wenn Sie am 24. September 2017 dabei wären. Jede Stimme zählt!</p> <p>Mit freundlichen Grüßen Ihr</p>  <p>Michael Lübbersmann Landrat</p> 	<p>Aufruf zur Beteiligung an der Bundestagswahl 2017</p> <p>##Persönliche Anrede##</p> <p>am 24.09.2017 findet in Tübingen und in ganz Deutschland die Bundestagswahl statt. An diesem Tag werden die Abgeordneten gewählt, die vier Jahre lang Ihre Interessen im Bundestag vertreten werden.</p> <p>Als deutscher Staatsangehöriger bzw. deutsche Staatsangehörige sind Sie dazu berechtigt, an dieser Wahl teilzunehmen. Weil wir auf unsere Demokratie sowie auf die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger viel Wert legen, möchten wir Sie hiermit bitten, von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.</p> <p>Durch Ihre Einbürgerung haben Sie gezeigt, dass Sie Teil unserer Gesellschaft sind. Mit den zwei Stimmen, die Ihnen bei der Bundestagswahl zustehen, haben Sie die Möglichkeit mitzuentcheiden und sich damit aktiv an der Ausgestaltung der Demokratie zu beteiligen.</p> <p>Alle Details zur Bundestagswahl finden Sie auf der Website www.vote-d.de. Dort werden zentrale Fragen zur Funktionsweise der Wahl sowie zum politischen System Deutschlands beantwortet.</p> <p>Zur Wahl stehen Ihnen mehrere Kandidatinnen und Kandidaten sowie Parteien, die sich für unterschiedliche Positionen, Sichtweisen und Vorschläge für die Gesellschaft einsetzen. Bis zur Wahl können Sie sich darüber informieren und Ihre Entscheidung treffen.</p> <p>Der Tübinger Gemeinderat und wir würden uns freuen, wenn Sie am 24.09.2017 dabei wären. Jede Stimme zählt!</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p>  <p>Christoph Juchacz Fraktionsvorsitzender</p> <p>Ralf Hurlbaum Fraktionsvorsitzender</p> <p>Dr. Martin Siller Fraktionsvorsitzender</p> <p>Frank Kroll Fraktionsvorsitzender</p> <p>Gerold Späth Fraktionsvorsitzende</p> <p>Dieter Schilling Fraktionsvorsitzender</p> <p>Boris Palmer Oberbürgermeister</p> <p>Dieser Aufruf wird im Rahmen des Projekts „Vote D – Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bundestagswahl 2017“ veröffentlicht. Das Projekt wird durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie Minor – Projektbüro für Bildung und Forschung gefördert.</p> <p>Der Landkreis im Internet http://www.klo.de</p>  
--	--	---

Themen aufgebaut werden. Dazu empfiehlt es sich, wiederkehrende Termine z. B. in Form von Seminaren, Workshops, Ausflügen und Bildungsreisen anzubieten. Zudem ist die regelmäßige Nutzung von etablierten Terminen wie Kultur- oder Frauenabenden, Sprachkursen, Gebeten und gemeinsamen Frühstücken sehr effektiv (siehe 3.4.2.5).

Die Zielgruppe könnte durch eine dauerhafte Unterstützung und einen regelmäßigen Austausch mit der Politik eine verbesserte Teilhabe an der Gesellschaft erreichen – z. B., um selbstständig ihre Interessen in ihrer Kommune durch die Bewerbung für ein politisches Mandat oder der Beteiligung an Bürgerhaushalten zu vertreten. Für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist gleichzeitig auch eine wachsende Öffnung von Seiten der Politik gegenüber den unterschiedlichsten Interessen und Bedarfen von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte unabdingbar.

4. Fazit

Im Verlaufe des Projektes *Vote D* konnten in fünf Modellkommunen über 30 Aktivitäten durchgeführt werden, deren Ziel es war, die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern. Den Anlass dafür gaben die Bundestagswahl im September 2017. Da in der Vergangenheit Menschen mit Einwanderungsgeschichte unterdurchschnittlich an den Bundestagswahlen teilnahmen, waren die Aktivitäten darauf angelegt, sich über das politische System Deutschlands, die Funktionsweise der Wahl, die Positionen der verschiedenen Parteien und die Bedeutsamkeit politischer Teilhabe auszutauschen.

Konzipiert und durchgeführt wurden diese Vorhaben von einer Vielfalt von Akteuren – von kommunalen Verwaltungen über Migrant*innenorganisationen bis zu Bildungsträgern. Die Förderung dieses Modellprojektes hat es ermöglicht, gemeinsam mit diesen Akteuren, den Teilnehmenden der Aktivitäten sowie mit Expertinnen und Experten einen Schritt in Richtung mehr politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund zu gehen.

Für diese Gelegenheit möchten wir uns bei der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Aydan Özoğuz für ihr Vertrauen in unser Projekt und für ihre Unterstützung herzlich bedanken. Ihr Arbeitsstab hat das Projekt sehr konstruktiv begleitet. Unsere Dankbarkeit möchten wir auch den kommunalen Spitzen für ihre Schirmherrschaft ausdrücken. Sie haben es ermöglicht, das Projekt erfolgreich in ihren Kommunen durchzuführen. Unser Dank gilt weiterhin den Beiratsmitgliedern, die uns während dieser zehn Monate gut begleitet und sehr konstruktiv beraten haben. Nicht zuletzt danken wir allen Träger für das große Engagement und ihre Kreativität, die sie durch die Organisation der Aktivitäten im Rahmen von *Vote D* eingebracht haben.

Mithilfe der durchgeführten Maßnahmen im Rahmen des Projektes konnte eine große Vielfalt an Communities von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte angesprochen werden. Dank der unterschiedlichen Gestaltung der Aktivitäten konnten zudem viele Methoden der politischen Bildung für die Förderung der politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund erprobt werden. Es wurden u. a. ein Poetry-Slam-Workshop für die jungen Mitglieder einer Moscheegemeinde, ein Diskussionsabend mit Frauen aus der polnischen

Community, eine Videokampagne mit Stellungnahmen von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund aus einer Kommune, Multiplikatoren-schulungen für Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler sowie eine Dialogplattform für Deutsche aus Russland organisiert.

Aus diesen Erfahrungen konnte Minor als Projektträger eine Reihe von Erkenntnissen gewinnen, die in dieser Publikation vorgestellt wurden. Wir konnten damit Schlüsse für zukünftige Vorhaben der politischen Bildungsarbeit mit Menschen mit sowie ohne Migrationshintergrund ziehen.

Dieses Projekt bestätigte die Erkenntnis aus vorherigen Erfahrungen, dass der Zugang zu den ausgewählten Zielgruppen am besten über Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie über Netzwerke sichergestellt werden kann. Zudem zeigte sich, dass es sich lohnt, jeden Schritt der Organisation einer Aktivität der politischen Bildung mit spezifischem Blick auf die jeweilige Zielgruppe zu unternehmen und „one size fits all“-Ansätze zu vermeiden. Dies gilt von der Entscheidung für einen Ort über die gewählte Form der Ansprache und Kommunikationsmittel bis hin zu der Auswahl der angesprochenen Themen.

Bei der Bundestagswahl 2017 gaben 76,2 % aller Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Damit stieg die Wahlbeteiligung zum ersten Mal seit dem Anfang der 2000-er Jahre. Ob dieser Entwicklung ein nachhaltig gewachsenes Interesse für Politik und die gemeinsame Gestaltung des Zusammenhalts in der Einwanderungsgesellschaft zugrunde liegt, lässt sich daraus ohne weitere Forschung nicht ableiten. In jedem Fall hat sich jedoch schon gezeigt, dass sich Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte mehr und mehr auch aktiv in die Politik einbringen. Während 37 Abgeordnete des Bundestages der vorherigen Legislaturperiode einen Migrationshintergrund hatten, belief sich die Anzahl nach der Bundestagswahl 2017 auf 58 Personen.

Über die Wahlen hinaus kann eine nachhaltige Förderung der politischen Bildung von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte weiter dazu beitragen, dass sich diese verstärkt in politische Prozesse einbringen und an der gemeinsamen Gestaltung des demokratischen Zusammenlebens teilhaben.

Literaturverzeichnis

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: StatIS-BBB. Das Statistische Informationssystem Berlin-Brandenburg. <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/webapi/jsf/dataCatalogueExplorer.xhtml> (18.10.2017).

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2013: Bericht der Landeswahlleiterin. Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Endgültiges Ergebnis. https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/BU2013/BTW_2013_BE_endgueltigesErgebnis.pdf (17.10.2017).

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2017: Statistischer Bericht. Einbürgerungen im Land Berlin 2016. https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2017/SB_A01-09-00_2016j01_BE.pdf (17.10.2017).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), 2012: Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Müssig, S. / Worbs, S. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp46-politische-einstellungen-und-partizipation-migranten.pdf?__blob=publicationFile (18.10.2017).

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Integrationsbeauftragte), 2011: Zweiter Integrationsindikatorenbericht erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/2012-01-12-zweiter-indikatorenbericht.pdf?__blob=publicationFile (18.10.2017).

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Integrationsbeauftragte), 2014: 10. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/IB/10_Auslaenderbericht_2015.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (18.10.2017).

Der Bundeswahlleiter, 2017a: Ergebnisse früherer Bundestagswahlen. https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/397735e3-0585-46f6-a0b5-2c60c5b83de6/btw_ab49_gesamt.pdf (18.10.2017).

Der Bundeswahlleiter, 2017b: Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017 – Heft 2: Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen.

https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/12d53093-cd70-4645-824a-228961412aa5/btw17_heft2.pdf (18.10.2017).

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), 2014: Integration ist (auch) Ländersache!: Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern. Gesemann, F. / Roth, R. <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11197.pdf> (05.04.2017).

German Longitudinal Election Study (GLES), 2013: Kandidatenstudie 2013. Motive, Nominierung, Wahlkampf, Repräsentation und Demokratie aus der Sicht der Bundestagskandidatinnen und Bundestagskandidaten. https://www.wzb.eu/sites/default/files/zkd/dsl/kandidatenbrochure_2013.pdf (18.10.2017).

Heinrich-Böll-Stiftung (Böll), 2011: Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. Eine Studie des Max-Planck-Instituts zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften. Schönwälder, K. / Sinanoğlu, C. / Volkert, D. https://www.boell.de/sites/default/files/2011-12-Vielfalt_sucht_Rat.pdf (18.10.2017).

Hunger, U. / Kissau, K., 2009: Eine Einführung. S. 7-11 in: U. Hunger / K. Kissau (Hrsg.), Internet und Migration. Theoretische Zugänge und empirische Befunde. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Integrationsministerkonferenz, 2015: Integrationsmonitoring der Länder. Abgeordnete in Landesparlamenten nach Migrationshintergrund. <http://www.integrationsmonitoring-laender.de/indikatoren/i2> (18.10.2017).

Die Landeswahlleiterin für Berlin, 2017: Pressemitteilung: Bundestagswahl 2017. <https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/BU2017/presse/20171006.pdf?sel1=2156&sel2=1500> (17.10.2017).

Landesamt für Statistik Niedersachsen, 2016: Amtliche Bevölkerungszahlen MG LKOS_LSN. https://www.landkreis-osnabrueck.de/sites/default/files/downloads/2016-06-30_amtliche_bevoelkerungszahlen_mg_lkos_lsn.pdf (18.10.2017).

Landesamt für Statistik Niedersachsen, Landeswahlleitung Niedersachsen, 2017a: Endgültige Ergebnisse und Vergleichszahlen im Wahlkreis Nr. 38 Osnabrück-Land. <https://www.aktuelle-wahlen-niedersachsen.de/BW2017/BW/38.pdf> (17.10.2017).

Landesamt für Statistik Niedersachsen, Landeswahlleitung Niedersachsen, 2017b: Endgültige Ergebnisse und Vergleichszahlen im Wahlkreis Nr. 39

- Stadt Osnabrück. <https://www.aktuelle-wahlen-niedersachsen.de/BW2017/BW/38.pdf> (17.10.2017).
- Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen: Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen. <https://www.landesdatenbank.nrw.de> (17.10.2017).
- Landkreis Osnabrück, 2015: Migration und Integration im Landkreis Osnabrück 2015. https://www.landkreis-osnabrueck.de/sites/default/files/downloads/bericht_migration_integrati.on.pdf (18.10.2017).
- Landkreis Osnabrück, 2017: Statistischer Monatsbericht August 2017: Ausländer/Asyl. https://www.landkreis-osnabrueck.de/sites/default/files/downloads/2017-08-31_statistischer_monatsbericht_08.2017_abteilungauslaenderintegration.pdf (18.10.2017).
- Lipset, M. N. / Rokkan, S., 1967: Cleavage Structures Party Systems and Voter Alignments. An Introduction. Party Systems and Voter Alignments; Cross-National Perspectives: 1-64.
- Mediendienst Integration, 2017: Abgeordnete mit Migrationshintergrund im 19. Deutschen Bundestag. https://mediendienst-integration.de/fileadmin/MDI_Recherche_Bundestag_2017.pdf (18.10.2017).
- Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung, 2017: Politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund: Wahlverhalten und Partizipation. https://minor-kontor.de/images/publikationen/Working_Papers/VoteD_WP_17-04-20_web.pdf (23.10.2017).
- Pfeffer-Hoffmann, C. (Hrsg.), 2016: Gestaltung der europäischen Arbeitsmigration – Analysen, Strategien und Praxismethoden. Berlin: Mensch & Buch Verlag.
- Saalfeld, T., 2011: Wahlbeteiligung und Parteiwahl von Personen mit Migrationsgeschichte in den Demokratien Europas. <https://heimatkunde.boell.de/2011/11/18/wahlbeteiligung-und-parteiwahl-von-personen-mit-migrationsgeschichte-den-demokratien> (11.04.2017).
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration (SVR), 2016: Schwarz, rot, grün – welche Parteien bevorzugen Zuwanderer? Wittlif, A. / Litta, H. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2016/11/PB_Partiepraeferenzen.pdf (07.04.2017).

Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen, 2013: Bundestagswahl 2013, Ergebnisse in Essen. <https://webapps.essen.de/wahlergebnisse/BW2013/STT/Zweitstimme/JavaScript/ergebnisse.html> (17.10.2017).

Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen, 2017a: Ein Blick auf Menschen in Essen. Bevölkerung am 30.06.2017. https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/12/Menschen_in_Essen_2017_9.pdf (17.10.2017).

Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen, 2017b: Wahlbeteiligung Bundestagswahl. Vergleich der stündlichen Wahlbeteiligung in Essen 2017 und 2013. https://www.essen.de/rathaus/aemter/ordner_12/wahlen/bw/Wahlbeteiligung_Bundestagswahl.de.html (17.10.2017).

Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen, 2017c: Stadt Essen – Gesamtergebnis. https://webapps.essen.de/wahlergebnisse/BW2017/05113000/html5/Bundestagswahl_521_Gemeinde_Stadt_Essen_Zweitstimmen.html (17.10.2017).

Stadt Leipzig, 2017: Wahlergebnis der Bundestagswahl am 24.09.2017. Wahlergebnis in der Stadt Leipzig <https://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/wahlen-in-leipzig/bundestagswahlen/bundestagswahl-2017/wahlergebnis/> (18.10.2017).

Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, 2013: Bundestagswahl am 22. September 2013 - Ergebnisse und Analysen [11/13]. https://www.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.1_Dez1_Allgemeine_Verwaltung/12_Statistik_und_Wahlen/Wahlen/Wahlbericht_Bundestagswahl_2013_Ergebnisse.pdf (17.10.2017).

Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, 2017: Migrantinnen und Migranten in Leipzig 2017. https://www.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.1_Dez1_Allgemeine_Verwaltung/12_Statistik_und_Wahlen/Statistik/Leipzig_fb_Migranten.pdf (17.10.2017).

Statistisches Bundesamt, 2016: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2016. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220167004.pdf?__blob=publicationFile (17.10.2017).

- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2017: Einbürgerungen im Freistaat Sachsen 2016. https://www.statistik.sachsen.de/download/100_Berichte-A/A_1_9_j16_SN.xlsx (19.10.2017).
- Universität Duisburg-Essen (UDE), 2017: Migrantenwahlstudie: Das Forschungsprojekt. <https://www.uni-due.de/migrantenwahlstudie/index.php> (10.04.2017).
- Universitätsstadt Tübingen, 2013: Bundestagswahl am 22.09.2013 - Zweitstimmen nach Wahlbezirken in v.H. <https://www.tuebingen.de/wahl/pdf/bt13zs.pdf> (17.10.2017).
- Universitätsstadt Tübingen, 2017a: Bevölkerungszahlen. Bevölkerungsstruktur nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit. <http://www.tuebingen.de/1370.html#/1376/1377> (18.10.2017).
- Universitätsstadt Tübingen, 2017b: Ausländische Bevölkerung nach Herkunftsländern sowie Deutsche mit weiterer Staatsangehörigkeit am 31.12.2016. <http://www.tuebingen.de/Dateien/herkunft.pdf> (18.10.2017).
- Universitätsstadt Tübingen, 2017c: Wechsel der Staatsangehörigkeit. <http://www.tuebingen.de/Dateien/Einbuengerungen.pdf> (18.10.2017).
- Universitätsstadt Tübingen, 2017d: Ergebnis der Bundestagswahl am 24. September 2017 nach Wahlbezirken in v.H. – Zweitstimme. <https://www.tuebingen.de/wahl/pdf/bt17zs.pdf> (17.10.2017).
- Wüst, Andreas M., 2006: Politische Integration fördert die Akkulturation. Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten. Landeszentrale der politischen Bildung Baden-Württemberg: Der Bürger im Staat 56(4): 228-234.
- Wüst, A. M., 2014: Immigration into Politics. Immigrant origin Candidates and Their Success in the 2013 Bundestag Election. German Politics and Society 32(112), Nr. 3: 1-15.
- Wüst, A. M., 2016: Incorporation beyond Cleavages? Parties, Candidates and Germany's Immigrant-Origin Electorate. German Politics 25(3): 414-432.

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1: WAHLBETEILIGUNG BEI DER BUNDESTAGSWAHL 2013 NACH MIGRATIONSHINTERGRUND	15
ABBILDUNG 2: WAHLBETEILIGUNG BEI DEN VERGANGENEN BUNDESTAGSWAHLEN NACH MIGRATIONSHINTERGRUND	15
ABBILDUNG 3: WAHLBETEILIGUNG AN DER BUNDESTAGSWAHL 2013 NACH BEZUGSREGIONEN	16
ABBILDUNG 4: WAHLBETEILIGUNG AN DER BUNDESTAGSWAHL 2013 NACH GESCHLECHT	17
ABBILDUNG 5: WAHLBETEILIGUNG AN DER BUNDESTAGSWAHL 2013 NACH ALTER	17
ABBILDUNG 6: WAHLBETEILIGUNG AN DER BUNDESTAGSWAHL 2013 NACH BILDUNGSNIVEAU	17
ABBILDUNG 7: NENNUNG EINER PARTEIPRÄFERENZ NACH MIGRATIONSHINTERGRUND UND AUFENTHALTSDAUER	19
ABBILDUNG 8: PARTEIPRÄFERENZEN NACH MIGRATIONSHINTERGRUND	20
ABBILDUNG 9: BUNDESTAGSABGEORDNETE MIT UND OHNE MIGRATIONSHINTERGRUND NACH PARTEIEN.....	26
ABBILDUNG 10: AUSÜBUNG NICHT-ELEKTORALER PARTIZIPATIONSFORMEN NACH MIGRATIONSHINTERGRUND	29
ABBILDUNG 11: AUSÜBUNG NICHT-ELEKTORALER PARTIZIPATIONSFORMEN NACH MIGRATIONSHINTERGRUND	30

Tabellenverzeichnis

TABELLE 1: PARTEIPRÄFERENZEN NACH BEZUGSREGIONEN	21
--	----

Modellkommunen

Berlin Essen

Politische Teilhabe

Tübingen Leipzig

Landkreis Osnabrück



minor - projektkontor für bildung und forschung
alt-moabit 73•10555 berlin•t:+49 -(0)30-39 74 42 27
minor@minor-kontor.de•www.minor-kontor.de

Gefördert von der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration



Wir sind's! 
Die Einwanderungsgesellschaft gestalten

